

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfspealtige Zeitspalt 20 Pf.

Redaktion: R. Wichle, Linden-Gannover.

Sämmtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wichle, Linden-Gannover, Falkenstr. 28. Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 21.

Hannover, den 25. Mai 1895.

5. Jahrgang.

Kollegen! Vergesst nicht die noch in Berlin Ausgesperrten.

Hierzu eine Beilage.

Protokoll

des

9. Verbandstages

des

Central-Verbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen,

abgehalten

in Berlin vom 9. bis 11. Mai 1895.

Präsenzliste.

Delegirte: Steiner und Richter-Berlin; Gerhardt und Hönigschmid-München; Wittich und Nibel-Frankfurt a. M.; Wees und Reule-Stuttgart; Frischling-Dresden; Günther-Chemnitz; Kreuzer-Kiel; Kiesel-Barmen; Klein-Hamburg; Lönneke-Köln; Kellner-Hannover; Heymann-Kassel; Müller-Braunschweig; Wagemann-Mannheim; Schmidt-Münster; Vogt-Dortmund; Jakob-Erfurt; Schneider-Essen; Bauer-Hannover (Eingeladener).

Vertreter des Vorstandes: Wichle-Hannover. Vertreter der Rechtschutzkommission: Hilpert-Nordorf. Vertreter der Hilfsarbeiter: Schneider-Berlin. Vertreter der amerikanischen Brauer-Union: E. Karzenkabe-St. Louis (Nord-Amerika). Vertreter der Generalkommission: Legien und v. Elm-Hamburg.

1. Verhandlungstag (9. Mai).

Nach 8 Uhr eröffnet Wichle-Hannover den Verbandstag mit begrüßenden Worten. Der Saal der „Arminhallen“, in dem die Sitzungen stattfinden, zeigt reichen Flaggenschmuck, zu beiden Seiten der Tribüne sind die Wästen von Mary und Laffalle postirt. Außer den angemeldeten Gästen wohnen eine größere Anzahl Berliner Kollegen den Verhandlungen bei.

In seiner Einleitungsrede betont der Vorsitzende die hohe Bedeutung der diesmaligen Verhandlungen, nachdem ein roher Gewaltakt der Gegner verhindert hat, den 9. Verbandstag früher abzuhalten. Er bittet die Delegirten, stets eingedenk zu sein, daß die Augen der Feinde und gespannter Aufmerksamkeit auf diese Zusammenkunft gerichtet sind und spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß die gemeinsame Arbeit aller die Interessen des Verbandes fördern werde. (Bravo!)

Die provisorische Tagesordnung lautete:

1. Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Wahl des Bureaus.
3. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht über das Verbandsorgan.
4. Bericht der Delegirten.
5. Vortrag über die Arbeitslosigkeit im Brauereigewerbe.
6. Berathung der Statutenabänderungsanträge.
7. Etwaige allgemeine Anträge.
8. Wahl des Hauptvorstandes und wo derselbe seinen Sitz hat.
9. Verschiedenes.

Die Tagesordnung wurde ohne Widerspruch acceptirt.

Im Namen der Berliner Kollegen heißt Steiner die Erschienenen herzlich willkommen; hoffentlich würden die auswärtigen Kollegen Berlin befriedigt verlassen. Daß dieses Gefühl erweckt werde, dafür wollen die hiesigen Kollegen nach Möglichkeit sorgen.

Es wird hierauf eine Kommission behufs Prüfung der Mandate, bestehend aus Jacobs-Erfurt, Kreuzer-Kiel und Gerhardt-München, gewählt, die ihre Arbeiten sofort beginnt. Ueber die Art der Berichterstattung der diesjährigen Verhandlungen entsteht eine kleine Diskussion, an der Wichle, Richter-Berlin und Klein-Hamburg teilnehmen. Alle Redner sind darüber einig, daß das letzte Protokoll ein durchaus mangelhaftes Bild der Verhandlungen geboten hat, obwohl es verhältnißmäßig theuer war. Beschlossen wird, die Abfassung des Berichtes einem Fachmann zu übertragen, einem Berliner Genossen, der sich dazu bereit erklärt hat.

Der Anregung aus dem Kreise der Delegirten, jetzt schon den Abstimmungsmodus sofort zu regeln, wurde nicht Folge gegeben; es soll dies erst nach Wahl des Bureaus erledigt werden.

Die Wahl des Bureaus des Verbandstages hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Klein-Hamburg; 2. Vorsitzender: Richter-Berlin; Schriftführer: Frischling-Dresden, Gerhardt-München und Kellner-Hannover; die Schriftführer lösen sich von Tag zu Tag ab.

Klein übernimmt den Vorsitz mit der Bitte, ihm das schwere Amt nach Kräften zu erleichtern, und befürwortet nun, zunächst die Geschäftsführung festzusetzen. Der Antrag Wagemann-Mannheim: „Die Sitzung währt von 8-3 Uhr mit einer halbstündigen Mittagspause“, wird angenommen. Wortmeldungen können mündlich oder schriftlich, Anträge müssen schriftlich eingereicht werden. Jeder Delegirte hat zu einer Sache zwei Mal das Wort. Die Gäste des Verbandstages haben kein Stimmrecht.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung nahm darauf Wichle zu seinem **Nachenschafts-Bericht** das Wort:

„Kollegen! Nachdem es uns nicht vergönnt war, im verflossenen Jahre unsern regelmäßigen Verbandstag abzuhalten, da durch die Ausperrungen in Braunschweig und Berlin einerseits unsere ganzen Kräfte dorthin konzentriert, andererseits die Opfer, welche gebracht werden mußten, den Verband und die Mitglieder

sehr stark belasteten und von dem Ausgang dieser Bewegungen oder der damaligen Situation mancher unserer Beschlüsse abhing, hatte auf Vorschlag des Vorstandes die Majorität der Zahlstellen es für notwendig gehalten, den Verbandstag bis zum Frühjahr 1895 zu verlagern.

„Als am 1. Juli 1893 der Verbandstag in Nürnberg beendet war, dem Hauptvorstande durch die dafelbst gefaßten Beschlüsse ein Arbeitspensum auferlegt, das er erst nach und nach zu bewältigen in der Lage war. Das neugeschaffene Statut trat mit dem 1. Oktober 1893 in Kraft, damit verbunden die Einführung der Reiseunterstützung u. s. w. Es mußten also auch bis dahin die alten Statuten eingezogen und dafür die neuen ausgegeben sein; Berlin war beauftragt, das Rechtschutz-Reglement einer Revision zu unterziehen. Alle diese Arbeiten verursachten es, daß am 1. Oktober die alten Statuten nicht eingezogen sein konnten, da der Hauptvorstand mit Arbeiten, welche die Bewegungen verursacht, überhäuft war. Die Hoffnungen, welche an die damals eingeführten Neuerungen geknüpft worden, haben sich nur theilweise erfüllt, andererseits aber haben sich namentlich Mängel bei dem Unterstützungswesen, welchen abzuhelfen Aufgabe des diesjährigen Verbandstages sein wird, herausgestellt. Eine große Anzahl von Vorständen in den einzelnen Orten haben nicht alle übernommenen Verpflichtungen erfüllt, es sind deshalb in mehreren Orten dadurch Unregelmäßigkeiten entstanden, welche den Verband geschädigt haben, wieder andere verfahren nicht statutengemäß, so daß der Vorstand erklären muß, daß ihm dadurch seine Arbeit sehr erschwert wurde.

„Im großen Ganzen ist auch wiederum ein weiteres Anwachsen der Organisation zu konstatiren und ist die Zahl von 4580 Mitgliedern am 1. Juli 1893 auf 5705 angewachsen, trotzdem sich seit 1893 eine andere Organisation uns gegenüber gestellt hat, die es sich in erster Linie zur Aufgabe gemacht, unsere Organisation zu bekämpfen, die sozialdemokratischen Brauer, wie man uns nennt, aus den Brauereien zu entfernen. Der Kampf mit jenen Elementen hat uns große persönliche und materielle Opfer gekostet, und können wir wohl freudig darauf zurückblicken, trotz aller dieser Nachschärfen noch an Mitgliederzahl gewonnen zu haben. Die Herabsetzung des Eintrittsgeldes von 2 Mk. auf 1 Mk. hat wohl dem Verbands eine Einbuße nicht gebracht. Jedoch hat die Einführung der Reise-Unterstützung zur Arbeitslosen-Unterstützung den Verband finanziell nicht gehoben, sondern es muß konstatirt werden, daß die Kassenverhältnisse sich ungünstiger gestaltet haben, weil in der gegenwärtigen andauernden Krise die Brauereien, namentlich die kleinen und mittleren, ebenfalls leiden, da der Hauptkonsument, der Arbeiter, nichts verdient und so die Arbeitslosigkeit auch in den letzten zwei Jahren noch bedeutend zugenommen hat. Während im Jahre 1893 1105 Mitglieder im Durchschnitt arbeitslos waren, waren es im Jahre 1894 1605 Mitglieder. Ein Zeichen, wie sehr sich gerade unsere Mitglieder aus den letzten Arbeitern rekrutiren, welche bekanntlich dem Wechsel mehr unterworfen sind, als die erfahrenen Arbeiter. Streiks und Ausperrungen haben in den verflossenen Jahren mehr als sonst stattgefunden. Namentlich sind hervorzuheben Hamm, Apolda, Dresden, Lübeck, Berlin, Braunschweig; letztere in ganz hervorragender Weise. Wenn der Verband nicht so mit Geldmitteln einspringen konnte, so war es nicht etwa der böse Wille des Vorstandes, sondern es lag an den Zweigvereinen, welche die Verbandskasse nicht in die nöthige Lage versetzten, eingreifen zu können. Dem Verband ist dadurch eine große Summe verloren gegangen durch den mehrere Monate ausfallenden Beitrag der Ausgesperrten und die Summen, welche bei Abreise von denselben in den einzelnen Zahlstellen erhoben wurden. Es sind hier in der Höhe der statutarischen Unterstützungen Ausnahmen gemacht worden, welche aber von jedem Mitgliede gebilligt werden mußten. Die Zahl der Ausgesperrten belief sich im Mai 1894 auf circa 1000.

„Der Hauptvorstand hat es sich angelegen sein lassen, überall da, wo es galt, auch einzutreten, und so sind mit Hilfe des Hauptvorstandes, und auch ohne denselben, während der verflossenen 1½ Jahre in vielen Orten, wo wir Mitglieder besitzen, die Arbeitsverhältnisse ohne direkten Kampf verbessert worden. Durch Eingreifen des Hauptvorstandes sind auch verschiedentlich Bewegungen verhindert worden. Der Hauptvorstand hatte sein Augenmerk wesentlich darauf gerichtet, die Zahl der Mitglieder zu vermehren und die Organisation nach innen ebenfalls auszubauen. Die von ihm betriebene Agitation, deren Kosten sich auf 2274,40 Mk. belaufen, hat sich namentlich auf Südb- und Westdeutschland erstreckt, weil sich dort der Vorstand einen größeren Erfolg versprach, da in Ostdeutschland unsere Bemühungen, Anknüpfungspunkte zu erlangen, von wenig Erfolg gekrönt waren; es konnte an eine Agitation um so weniger gedacht werden, weil uns noch mitgetheilt wurde, die Hilfsarbeiter Ostdeutschlands seien nicht in der Lage, 80 Pf. Beitrag bei einem Wochenlohn von 6 bis 10 Mk. zu entrichten, und der Druck, welcher seitens der Unternehmer ausgeübt, verhindere auch den Versammlungsbefuch. Die Mittel, welche dem Hauptvorstand zur Verfügung standen zur Agitation, haben ihn oft bestimmen müssen, Agitationsgedränge der Zweigvereine abzulehnen. Der Beschluß des Verbandstages in Nürnberg ging dahin, daß die Agitation planmäßig betrieben werden sollte, um dieselbe zu verbilligen; die gewählte Agitationskommission hat so weit ihren Zweck erfüllt. Aber seitens vieler Zweigvereine sind oft Verlangen an den Hauptvorstand gestellt, die nicht erfüllt werden konnten. Es muß anerkannt werden, daß die Kollegen nur das Beste des Verbandes im Auge hatten, aber es kann unmöglich alle 2 bis 3 Monate in jeder Zahlstelle ein Verbandsreferent sein. Die Agitation muß mehr geregelt werden, ist auch diesmal der Auf. Er schwerer wird immer wieder ins Gewicht fallen, was den Hauptvorstand auch bisher leiten mußte, daß in vielen Orten nur Sonntags eine wirksame Agitationsversammlung stattfinden kann. Die Umstände liegen in der Lage der Brauereien und im Arbeitsverhältnis. So weit der Hauptvorstand in der Lage war, ist er den Wünschen entgegengekommen.

„Die Korrespondenz mit dem Hauptvorstande ist eine sehr rege gewesen. In dem Zeitraume vom 1. Juli 1893 bis zum 1. April 1894 sind nicht weniger als 3263 Briefe und Postkarten eingelaufen, abgegangen dagegen 2961 Briefe und Postkarten.

„Der Hauptvorsitzende in seiner Eigenschaft als Vorsitzender, Redakteur des Organs, Expedient u. s. w. war fortwährend mit Arbeit überlastet, da die freiwilligen Beiträge der Kollegen für die im Kampfe sich befindenden Mitglieder auch meistens durch seine Hand gingen. Kurz, wenn es eben verstanden ist, daß die eine Zahlstelle nicht so schnell bedient wurde, so lag dies eben weniger an den Personen, sondern es ging eben oft nicht anders. Da der Hauptvorsitzende auch etwa 400 Einzelmitglieder besorgen muß, so wird wohl Niemand vorhanden sein, der nicht zugeben wird, daß eine Ueberbürdung vorhanden ist. Und hoffen wir, daß auch auf diesem Gebiete eine Aenderung eintreten wird zum Nutzen des Verbandes.

„Das Organ, die „Bräuer-Zeitung“, hat auch in dem verflossenen Zeitraume stets seine Schuldbiligkeit gethan, es ist, wo es galt, für die Interessen des Verbandes, sowie der Mitglieder eingetreten. Und auch diesmal kann konstatiert werden, daß die Presse manchen Uebelstand beseitigt, der von ihr gerügt worden. Wenn auch die „Bräuer-Zeitung“ oft Mängel aufwies, so kam es daher, daß der Redakteur auf Agitation oder mit anderer eiliger Arbeit beschäftigt war, und eben nicht die Zeit besaß, sich mehr mit einer besseren Redigirung zu befassen. Der derzeitige Drucker der Zeitung, Herr Augustin, hat eine Preisermäßigung in Aussicht gestellt, so daß eine Verbesserung des Organs stattfinden kann, eine Verbesserung wird jedoch auf finanzielle Bedenken stoßen. Die Inserate, welche dem Verbands nicht viel einbringen, nur Arbeit und noch Unkosten verursachen, können in Wegfall kommen. Wird der Mann so nach Möglichkeit ausgenutzt, so kann eventuell weiteren Anforderungen genügt werden.“

Der Referent fügte diesem gedruckten Bericht noch ergänzend hinzu, daß mit der Erfahrung insofern schlechte Erfahrungen gemacht seien, als ein beträchtlicher Theil der Zahlstellen keinen Verpflichtungen in dieser Hinsicht nicht nachgekommen ist. Besonders in Südb-Deutschland habe man in dieser Beziehung trübe Erfahrungen gemacht. In mehreren Orten mußte seitens des Vorstandes eingegriffen werden, weil sich durch Nachlässigkeit einzelner Vorstandsmitglieder Unregelmäßigkeiten kund gaben. Die Agitation ist verhältnißmäßig billig gewesen und in fast allen Orten von Erfolg. Circa 18 000 Flugblätter sind von der Organisation verbreitet worden. — Bedauerlich bleibt es, daß von vielen Orten die Mittheilung, daß eine Versammlung geplant ist, erst so spät eintrifft, daß keine Dispositionen dazu mehr getroffen werden können. Ueberall sollen die Versammlungen natürlich Sonntags sein! Vielfach wird es verkannt, dem Vorstand die Namen der neu aufgenommenen mitzutheilen; ebenso ist bei Manchen die falsche Meinung verbreitet, daß keine Abrechnungen angenommen werden können. Manche Filialen stellen Duplikate von Mitgliedsbüchern aus, ohne sich über das Vorleben der Empfänger zu informieren. Die öffentlichen Angelegenheiten verzielt man mit den Angelegenheiten des Verbandes und macht damit dem Hauptvorstand eine Masse von Scherereien. Andere Orte, z. B. Lippstadt, richten Forderungen an die Unternehmerrschaft, ohne vorher dem Vorstand Mittheilung zu machen. Der Vorstand konnte später unmöglich eingreifen, wo Berlin und Braunschweig schon im Kampfe standen. Das Streikreglement sollte für alle Fälle die Richtschnur sein.

Hieran schloß sich die Bekanntgabe des **Kassenberichts**, welchen wir hier folgen lassen:

Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Juli 1894 bis 1. April 1895.

Einnahme.	
Bestand am 30. Juni 1894	189,51 Mk.
Beiträge der Zweigvereine	10 676,12 „
Beiträge der Einzelmitglieder	1 972,72 „
Für Inserate der „Bräuer-Zeitung“	228,13 „
Abonnementsbeiträge	428,03 „
Von der Generalkommission zur Agitation	150,— „
Summa	13 944,51 Mk.
Ausgabe.	
Für Verwaltung	1 870,— Mk.
Für Druck der „Bräuer-Zeitung“ (3. Quartal)	4 916,05 „
Porto für Versand derselben	1 527,59 „
Porto für Verbandsfachen	333,82 „
Unterstützung an gemäßigste Mitglieder	504,— „
Streik-Unterstützung	659,50 „
Für Drucksachen, Statuten u.	556,58 „
Für Agitation	819,95 „
Für Rechtschutz	205,67 „
Berichte der Generalkommission	30,— „
Flugblätter 1893 (Frankfurt a. M.)	135,— „
Kleine Ausgaben	20,80 „
Saldo zum Ausgleich	2 365,68 „
Summa	13 944,51 Mk.
Bilanz.	
Einnahme	13 944,51 Mk.
Ausgabe	11 578,96 „
Saldo-Vortrag	2 365,68 Mk.
Internationaler Unterstützungsfonds.	
Von den Zweigvereinen eingegangen	903,80 Mk.
Von Einzelmitgliedern	83,90 „
Summa	987,70 Mk.
Davon wurden den Ausgesperrten in Berlin 400 Mk. und den Ausgesperrten in Braunschweig 60 Mk. übermittelt, so daß am 1. April 1895 ein Bestand von 527,70 Mk. vorhanden war. §	

Abrechnung
der bei der Hauptkassse vom 1. Juli 1894 bis 31. März 1895 eingegangenen freiwilligen Beiträge.

Einnahme.	
Bestand am 1. Juli 1894	47,01 Mk.
Eingegangen 3. Quartal 1894	687,40 "
" " " 1894	5847,41 "
" " " 1895	1677,95 "
Summa	14867,83 Mk.

Ausgabe.	
Für die Ausgewerkten in Berlin	11 712,-- Mk.
Für die Ausgewerkten in Braunschweig	2 510,-- "
Für einzelne Ausgewerkte oder Gemischte	435,20 "
Zahlung vom Streik Mainz zurück	100,-- "
Saldo zum Ausgleich	110,63 "
Summa	14867,83 Mk.

Ullanz.	
Einnahme	14867,83 Mk.
Ausgabe	14 757,20 "
Saldo-Vortrag	110,63 Mk.

Für die Richtigkeit: Der Hauptkassier: **W. Wichele**
Revisor: **J. Schenker, J. Brade**

Die Gesamtsumme betrug vom 1. Juli 1893 bis 31. März 1895 nach einem Massenbestand von 1649,83 Mk. am 30. Juni 1893 11334,31 Mk.

Die Gesamtsumme belief sich auf 29028,63 Mk., so daß am 1. April 1895 ein Bestand von 2365,68 Mk. in der Hauptkassse vorhanden war.

Freiwillige Beiträge gingen ein in demselben Zeitraum 21297,07 Mk. Ausgegeben wurden 21096,44 Mk., so daß am 1. April 1895 110,63 Mk. Massenbestand vorhanden war.

Bezüglich der Verwaltungskosten des Hauptvorstandes berichtet Wichele, daß es ihm leider nicht vergünstigt sei, geregelte Verpflegung und Sonntagseruhe innezuhalten, wie dies doch der Verband anstrebe. Wenn alle Revisor in einer Person vereinigt seien, so lämen auch große Nebenausgaben in Betracht, die sich in der Abrechnung nicht verzeichnen lassen. Die Streikunterstützung war darum nicht groß, weil die Aufwendungen für diese Unterstützungsgelder sich meist in der Privat-Unterstützung finden. Der Vorstand beklagt, daß der Vorstandsschluß, betr. die Arbeitslosenunterstützung, bei den Mitgliedern die Unterstützung nicht gefunden hat, die einen Erfolg verübt, und geht dann zum Schluß auf die redaktionelle Tätigkeit ein. Er berichtet, daß die Redaktionen in den Brauereien nicht streng an die Wahrheit halten, denn sonst entstehen unnötige Kosten, die sich ganz gut vermeiden lassen. Das Resultat wird von Wichele freigegeben, andere verlangen wieder die Verbeibaltung. — Nach der Aufstellung, die für die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands gemacht ist, stellen sich die Ausgaben des Verbandes für das Jahr 1894 (Januar-Dezember):

Für das Verbandsorgan	8449,21 Mk.
" Agitation	2231,35 "
" Streik	2605,08 "
" Rechtslehre	1331,89 "
" Gemischte-Unterstützung	1915,50 "
" Reise-Unterstützung	3579,15 "
" Arbeitslosen-Unterstützung	4150,50 "

Bezüge an die General-Kommission konnten nicht abgeliefert werden, da die Kasse sich in außerordentlich schlechter Lage befindet. Revisor schlägt, eine Kommission zu bestimmen, welche die Revision vorzunehmen hat.

Unmittelbar nachdem dieser Bericht gegeben war, trat der Gesellschafter Kurzenknaube in den Saal. Die Delegierten begrüßten denselben mit Freude und Handschlag. Wichele feierte ihn mit einer Ansprache. Schickel ergreift dann ebenfalls das Wort:

Wort: Gesellen! Der Organisator des Verbandes der deutschen Brauereiarbeiter der amerikanischen Staaten hat mich beauftragt, Herrn Verbandstag einzuladen und fordert Ihnen herzlichsten Gruß! (Beifall.) Die Einladungen von uns haben sich schon lange angekündigt, daß nicht nur die Interessen der Brauereiarbeiter in den verschiedenen Ländern dieses Landes sind, sondern daß sich die gesamte Arbeiterklasse zum Schutz gegen ihre Ausbeuter vereinigen muß. Wir Brauereiarbeiter haben schon vor zwei Jahren den Anfang gemacht. Ihre und die Organisation, die wir bestreben, ist — was auch immer und ungenügend — in gewissem Grade vereinigt. Beide Verbände haben sich in ihren schweren Kämpfen gegenseitig unterstützt; ferner haben wir durch die Gründung der internationalen Arbeiterliga den Vorstoß zu verzeichnen, daß wir von den amerikanischen Kollegen die organisierten Arbeiter zu uns herüber ziehen. Die Arbeiter betrachten wir als auch Kollegen und unsere Kameraden. Das mögen sich jene merken, die auf Gehalt des Unternehmertums ihren, werthe Gelder, Schweiß und Tränen zuwenden. Die wenigen Arbeiter vom Scheitern! Wir werden jetzt handeln, der sich in jeder Weise gegen die Interessen seiner Kollegen und Kameraden verhält; wir werden uns vereinigen, die für Verbesserung seiner Lage mitbestimmen, hindern an dem Weg. Die Arbeiterhand reichen wir uns entgegen, der mit uns dem namengebenden Kapital seine ganze Energie entgegenstellt. Harmonie zwischen Arbeitern und Kapitalisten ist nach unserer Meinung vollständig unvereinbar; der Kampf ist unvermeidlich. Das Recht des Stärkeren tritt auch hier in Erscheinung. Hoffen wir, daß dieser Verbandstag etwas Entscheidendes zum Wohle der Brauereiarbeiter zu Stande bringen wird. Die in schaffende internationale Vereinigung unserer Branche muß so werden, daß wir den Arbeitsmarkt vollständig unter unsere Kontrolle bekommen. Die Bundesliga eines Landes dürfen nicht mehr dazu mißbraucht werden, die Kämpfe in einem Nachbarlande zu machen. Wenn in einem Lande große wirtschaftliche Krisen vorüber sind — wie dies in den letzten 2 Jahren in Amerika der Fall war —, so muß der Zugang nach diesem Lande reguliert werden, damit verhindert wird, daß die Gewerkschaften einer Organisation durch das Ueberangebot von Arbeitern gefährdet werden. Ueber die näheren Verhältnisse und die gegenwärtige Lage anderer Kameraden in Amerika werde ich Ihnen im Laufe der Rede noch Auskunft geben. Vieles haben wir zu tun, was wir nicht allein, sondern auch zusammen, die die Organisation der Arbeiter haben, wie die Sache ungefähr bei uns steht. Wir haben einen guten alten Stamm typischer Gesellen, die das Banner der Gewerkschaften unter allen Umständen hochhalten werden, — was da schon vor 9 Jahren haben wir schwere Kämpfe schon überstanden und sich Sieger gebildet. Auch Sie, Gesellen, haben ja die Brauereiarbeiter schon hinter sich. Es heißt, daß auf der Erde zu sein den Kampf, der uns bezieht! Ein feiner Schuß und Trübsandig ist das Verhältnis. Hoffen wir, daß auch die Gewerkschaften der anderen Länder bald in diesem Sinne zu uns stehen. Hoffen wir, daß die Arbeiter dieser Verbandstages zum Teil aus Sorgen des Schicksals der Brauereiarbeiter ausfallen; ich hoffe, daß andere Kameraden klüger und geistiger, damit wir endlich miteinander können an dem großen Werke der internationalen Vereinigung der geschickten Arbeiter. Mit diesem Wunsche verabschiede ich Ihnen nochmals den genossenschaftlichen Gruß. Ich hoffe, daß die Arbeiter des Bundeslandes denselben beizubringen werden, wie Sie hier in der alten Welt! (Beifalliges Bravo.) Der Redner bemerkt, daß er die Rede vorher hätte haben wollen.

der scharfen Luft, die hier in Deutschland weht, und die ihm sonst vielleicht unbehaglich geworden wäre. (Weiterlekt.)

Namens der Mandatsprüfungskommission erstattete Kreuzer-Kiel Bericht. 4506 Mitglieder sind vertreten durch 23 Delegierte. Für einige Delegierte sind Vollmachten nicht vorhanden, so fehlten zum Beispiel die Mandate aus Kaiserslautern, Altona, Augsburg, Oera, Pforzheim und den neueren Jahrestellen. Es knüpfte sich hieran eine kurze Debatte. Wichele bemerkt, daß es Aufgabe der betreffenden Delegierten sei, die Mandate noch eventuell nachträglich herbeizuschaffen. — Auf eine Anfrage Schmidt's hin bemerkt der Redner, daß circa 1500 Mitglieder, weil arbeitslos und auf der Reise, nicht vertreten sind.

Zur Berathung kommt nun der Antrag der Verbands-Vorstände mitglieder Hannover, betreffend die Veränderung des Stimmverhältnisses. Kreuzer und Wichele treten dafür ein, daß nach Köpfen abgestimmt wird. Schmidt spricht dagegen, er will auf 50 Mitglieder eine Stimme rechnen, ebenso sind die Münchener Delegierten dagegen.

Mittagspause.

Um 12 Uhr wird die Sitzung bei Anwesenheit aller Delegierten wieder eröffnet.

Die Debatte über den Antrag Hannover wird fortgesetzt. Beschlossen wurde, daß wegen der erheblichen Stimmzahl, welche die betreffenden Delegierten auf diesem Verbandstage vertreten, München statt 2 8 Stimmen und Hannover, der die Organisationskommission repräsentiert, statt 1 2 Stimmen zugewilligt erhalten sollen. Alle übrigen Delegierten haben eine Stimme. Für die Zukunft gilt das Statut dahin abgeändert, daß jeder Delegierte nur eine Stimme hat.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden wurden Reule, Kreuzer und Gerhardt als Revisoren gewählt. Eine Geschäftsverordnungsdebatte, die wegen der Frage entfiel, ob man nun in eine Diskussion des Vorstandesberichte eintreten solle, endigt damit, daß man beschließt, in die Berathung der vorliegenden Anträge einzutreten; Anträge, die sich mit Vorstandsangelegenheiten befassen, sollen gleich mit diskutiert werden. Als erster der Anträge „Zum Bericht des Vorstandes und des Organs“ kommt der Antrag Berlin: „Das Geld, welches bisher für unnötige Agitationsreisen, wie zum Beispiel nach Hamburg, Kiel u. s. w., verwendet wurde, ist zur Besserung unserer Sachorgane zu verwenden, da ein solches besser agitiert, als derartige Reisen. Walter Zweig, vereins derartige Berichterstattung, mögen dieselben die Kosten selbst tragen.“

Steiner begründet den Antrag damit, daß Hilpert wiederholt unnötige Agitationsreisen unternommen habe, und Richter ergänzt dessen Ausführungen dahin, daß die Berliner vermeiden wollen wollen, daß die Agitation nicht auf todte Distrikte ausgehe und planlos vorgenommen wird.

Wichele: Der Antrag hat einen berechtigten Kern, wenn auch die Begründung durch Steiner als zu persönlich zurückgewiesen werden muß. Debatte muß in die Agitation gebracht werden. Man sollte überall solche Agitationskommissionen bilden, die uns, wie Rheinland und Westfalen zeigen, schon gute Dienste geleistet haben.

Hilpert weist die Ausführungen Steiners als unbedeutend zurück. Er geht die einzelnen Fälle durch und stellt fest, daß er nicht auf eigene Faust und zu seinem finanziellen Vortheil Agitation betrieben habe, sondern im Auftrag des Vorstandes, oder auf Wunsch bestimmter Orte Reisen unternommen habe. Schmidt bekennt, daß von Berlin Anträge mit persönlicher Spitze gestellt wurden. Agitation bildet immer das Hauptmoment in unseren Kämpfen; das gesprochene Wort wirkt besser, wie das geschriebene.

Ohne energische mündliche Agitation, führt Kurzenknaube aus, kann nichts erreicht werden. Er hält es für das Wichtigste, die Leitung derselben in die Hände des Vorstandes zu legen.

Heymann-Kassel will die Hauptstädte herbeiführen wissen. Von Beck-Stuttgart und Vogt-Elberfeld gehen darauf bezügliche Anträge ein.

Klöpper-Elberfeld und Müller-Braunschweig verbreiten sich über die Agitation in ihren Bezirken und schildern, daß bei heftiger Agitation jederzeit der Erfolg eintraf.

Steiner: Die Kosten sollten die betreffenden Orte, welche Redner münden, selber tragen, wenn nicht der Vorstand eine Tour bestimmt hat.

Die Delegierten von Hamburg und Kiel berichten die Ausführungen des Redners, daß das Engagement Hilpert's als Referenten, dahin, daß sie erklärten, die Kosten selbst getragen zu haben.

Schneider-Essen betont, die kleinen Städte brauchen größere Verdienstgelder, da die Arbeiter energisch bekämpft werden müßten.

In gleicher Weise tritt Reule für die württembergischen Orte Ulm, Heilbronn u. c. ein. Man möge es dort ebenfalls einmal mit Flugblättern versuchen.

Többen-Kiel, Kreuzer-Kiel und Vogt-Dormund präzisieren nochmals kurz ihren Standpunkt.

Wichele und Schmidt besprechen eingehend die Agitation in Süddeutschland und stimmen darin überein, daß dort noch große Arbeit in agitatorischer Hinsicht geleistet werden muß.

Nachdem Richter die Berliner noch gegen den Vorwurf verwehrt, als ob sie bei Einbringung des Antrages persönliche Momente im Auge hatten, wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Többen-Kiel: „Zur Vertreibung planmäßiger, energischer Agitation sind in allen Landestheilen provisorische Agitations-Kommissionen zu bilden, die in Gemeinschaft mit dem Vorstande arbeiten“, — als der weitgehendste wurde angenommen. Damit waren die Anträge Gantner, Heymann, Bauer, Müller und Wees, die im Wesentlichen das Gleiche begehren, erledigt.

Zur Berathung kommen alsdann die auf den Punkt „Presse“ bezüglichen Anträge. Zur Diskussion stehen die nachstehenden Anträge:

Böckum: 3. Romane, Novellen und unnütze Annoucen sind aus unserem Organ wegzulassen.

Dormund: 3. Die Zeitung, die den Anforderungen, die an sie gestellt werden, nicht mehr genügt, in vergrößerter Form erscheinen zu lassen, und besonders unnütze Artikel, wie zum Beispiel die immerwährenden Streitereien mit den Bundesgenossen, wegzulassen, damit keine Berichte mehr zurückgestellt zu werden brauchen.

Essen: Zum Sachorgan wird beantragt, künftig die „Bundeszeitung“ zu ignorieren, ebenso sollen die Romane wegzulassen und an deren Stelle Fachartikel gebracht werden.

Hamburg: 1. Der Delegiertentag solle beschließen: „Der Redakteur der „Brauer-Zeitung“ wird beauftragt, diejenigen Artikel und Eingekandt, die auf die „Bundeszeitung“ Bezug haben, nicht mehr aufzunehmen und an Stelle derselben in jeder Fachschlagende Leitartikel zu bringen.“

Stuttgart: 3. Die Zeitung so billig wie möglich herzustellen, Romane wegzulassen, dafür hier und da einen Fachartikel zu bringen und die langen Artikel gegen die Bundesgenossen und deren Zeitung wegzulassen zu lassen.

4. Als Viertel- oder Halbjahr sämtliche Zweigvereine und Zahlstellen mit Namen des Vorsitzenden und Adresse des Verwalters (Kassiers), der die Reiseunterstützung ausgibt, in der Zeitung zu veröffentlichen.

Elberfeld: 2. Die Zeitung erhält den Namen „Brauerarbeiter-Zeitung“.

Vogt begrüßt den von seiner Filiale gestellten Antrag. Er wünscht, daß eventuell eine Beilage zu dem Blatte gegeben wird.

Klein bemerkt, daß die Zeitung nicht auf der Höhe der Zeit geblieben ist.

Wittich-Frankfurt wendet sich energisch dagegen, daß man sich fortwährend mit den Bundesgenossen herumblätzel; dadurch lege man den Leuten eine Bedeutung bei, die sie gar nicht besitzen. Die Zusatze sollten besser unterbleiben.

Klöpper will, damit ein Beweis gegeben werde, daß der Klassengeist wirklich überwunden ist, dem Blatte den Titel „Brauerarbeiter-Zeitung“ geben.

Während Schmidt betont, daß die Angriffe der „Brauer-Zeitung“ dazu nöthigen, den gerügten polemischen Ton anzuschlagen, bestritt Hilpert, daß man in dieser ausführlichen Weise, wie es geschieht, sich mit den Gegnern abgeben müsse. Die Zeitung sollte auf ein höheres Niveau gebracht werden.

Wichele: Das Blatt kann nicht viel anders sein bei der beschränkten Zeit und mit Rücksicht auf die Mittel, die uns zu Gebote stehen. Das Format zu vergrößern, wäre unpraktisch. Anders liegt es mit dem Zustatenweisen, da muß reformirt werden. 5200 Mk. stehen noch für Inserate aus, von denen nur ein kleiner Theil einzutreiben ist. Es wäre sehr zweckmäßig, die Geschäfts-inferate event. auf eine halbe Spalte zu beschränken und die Verammlungsberichte in kleinerer Schrift (Print) zu bringen.

In kurzen Worten begründen dann noch Jakob, Schneider, Müller und Wagemann die verschiedenen Anträge.

Kurzenknaube bespricht die Preisverhältnisse in Amerika; er bittet, die Regelung interner Fragen dem Leitungsamt und der Discretion des Redakteurs zu überlassen. (Sehr wahr!)

Der Vorschlag, eine Kommission mit der Durcharbeitung der verschiedenen Anträge zu betrauen, wird acceptirt. Diese Kommission bilden Steiner, Wagemann und Gantner.

Vorsitzender: Es ist im Drange der Geschäfte veräußert worden, einer Pflicht gerecht zu werden, die wir gegen den leider früh verstorbenen Kollegen Müller zu erfüllen haben. Ich fordere Sie auf, sich zu Ehren unseres braven Mitkämpfers von den Plätzen zu erheben. (Das geschieht.) Die Sitzung wird darauf geschlossen.

2. Tag (10. Mai).

Um 8 Uhr werden die Verhandlungen eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste weist nach, daß alle Delegierte anwesend sind. Das Protokoll der vorhergehenden Tagesordnung wird mit kleinen Änderungen genehmigt. Steiner verliest den Antrag der Pressekommision:

„Die Kommission hat nach eingehender Prüfung beschlossen, dem Verbandstag zu empfehlen, das Verbandsorgan folgendermaßen in Zukunft zu gestalten:

1. Den Titel und das bisherige Format des Sachorgans beizubehalten.
2. Romane und Novellen in Wegfall zu bringen und dafür wissenschaftliche Fachartikel einzuschalten.
3. Um weiteren Raum für sozial-wirtschaftliche Artikel zu erhalten, sollen nur solche Verammlungsberichte gebracht werden, welche von Wichtigkeit für das allgemeine Verbandsinteresse sind.
4. Inserate sind nur dann aufzunehmen, wenn der Betrag hierfür beigefügt ist, Vergütungs- und ähnliche Anzeigen sind in Verrechnung zu bringen.
5. Die Redaktion hat Angriffe der gegnerischen Presse, so weit als thunlich, zu ignorieren.“

Nach der Begründung des Antrages führt Wichele aus, daß durch die Inserate große Kosten entstehen, die in keinem Verhältnis sind zu dem Vortheil, der daraus entspringt. Verlobungs-, Geburtstags- und ähnliche Inserate sollten ausnahmslos bezahlt werden. Sterbefälle werden ohnehin in Verammlungsberichte bekannt gegeben. — Die nachfolgenden Redner sind im Wesentlichen mit dem, was Wichele vorgetragen, einverstanden. Heymann tritt, nur Inserate gegen Barzahlung anzunehmen, auch solche von Geschäftsleuten.

Der Kommissionsantrag wird sofort einstimmig angenommen.

Auf Antrag Wichele wird über den Antrag Böckum: 2. „Bei Streik sind Sammlungen auszugeben“ u. s. w., da dies doch selbstverständlich ist, zur Tagesordnung übergegangen.

Richter hat den dringenden Wunsch, nunmehr in die Statutenberathung einzutreten, damit in den letzten Stunden diese wichtigen Fragen nicht über das Ruder gezogen werden. — Die dem Wunsch wird entsprochen. Die gesamten Anträge einer Kommission zu überweisen, welche dieselben durcharbeitet, hält man nicht für nöthig; es wird jeder Antrag einzeln verhandelt. Zur Diskussion steht der Antrag Berlin 1, soweit er das Eintrittsgeld betrifft, und die von Dormund, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Hamburg und Hannover eingelaufenen Anträge, die sich mit demselben Gegenstande beschäftigen.

Berlin: 1. Den § 6 Absatz 1 in folgender Weise abzuändern: „Das Eintrittsgeld beträgt pro Mitglied 1 Mk.; für Mitglieder, welche aus dem Verbands schon einmal ausgeschieden sind, 5 Mk. Ueber die Wiederaufnahme dieser Mitglieder beschließt eine Zweigvereinsversammlung. Die Art und Höhe des Beitrages bestimmt der Zweigverein für sich, derselbe darf jedoch nicht unter 80 Pf. pro Monat betragen. Zum Beitrag sind 60 Pf. an die Verbandskasse abzuliefern, und zwar pro Monat und Mitglieds; das Uebrige bleibt in Selbstverwaltung. Die Eintrittsgelder werden ebenfalls als die Verbandskasse abgeliefert.“

Nach Motivirung durch Richter bemerkt Wichele in längerer Ausführung, daß ihm das bisherige Verfahren der Zweigvereine keine Gewähr bietet, daß ein erhöhtes Eintrittsgeld übera all durchgeführt wird. Bei den Neuaufnahmen werde keine strenge Kontrolle eingehalten, im Grunde genommen sei es auch zu verwirren, den Eintritt in den Verband, wie es versucht wird, zu erschweren. Wir sind froh, wenn Mitglieder wiederkommen; die Politik der Nachsucht dürfen wir nicht über.

Reule ist dafür, daß den Zweigvereinen die Feststellung einer Waage überlassen wird; höchstens sollen aber 3 Mk. genommen werden.

Klein zieht den Antrag Hamburg, betreffend 50 Pf. Eintrittsgeld, zurück.

Schmidt: Es läßt sich nicht feststellen, aus welchen Motiven Jemand austritt. Redner beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Hilpert motivirt den Berliner Antrag mit den Erfahrungen im Böhlenkampfe. Die oft ireten Mitglieder leichtsinniger Weise aus; das soll getroffen werden. Nur wenige haben sich bereit erklärt, nachzahlen zu wollen, die Meisten sind direkt ausgetreten; daher ist der Mitgliederstand zurückgegangen.

Ein inzwischen eingegangener Geschäftsverordnungsantrag verlangt, daß hinfort ein Antragsteller nur 10 Minuten und die anderen Redner 5 Minuten Redezeit haben sollen. (Wird genehmigt.)

Nach kurzen Bemerkungen von Vogt, Schneider, Reule und Müller erklärt sich Reule entschieden gegen die Aufnahme eines Strafparagrafen, ebenso Kurzenknaube. Der Redner hält den Freunden des Antrages vor, daß die Endziele einer Arbeiterorganisation immer darauf hinausgehen, alle Arbeiter zu vereinigen; deshalb sei der Eintritt so leicht als möglich zu machen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Hilpert gegen 6 Stimmen und der zweite Absatz des Antrages Hamburg angenommen. Diefelber lauten:

1. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk. Es bleibt jedoch den einzelnen Zweigvereinen überlassen, bei der Wiederaufnahme solcher

Personen, die dem Verbande früher angehört haben und denselben freiwillig (1) verlassen, einen Zuschlag zu erheben, der von Fall zu Fall festgesetzt wird.

2. Jedes Mitglied einer Gewerkschaft, das durch die heutigen Verhältnisse gezwungen ist, in einem anderen Berufe seinen Lebensunterhalt zu suchen, kann, ohne Eintrittsgeld zu zahlen, Mitglied unserer Gewerkschaft werden.

Die Debatte, betreffend Beiträge, leitet Reule ein. Er beschränkt, daß mit Rücksicht auf die niedrigen Löhne in Süddeutschland (speziell in Württemberg), der an die Hauptkasse abzuführende Betrag auf 50 Pf. ermäßigt werde.

Schmidt erklärt auf eine Anfrage hin, daß die Münchener nicht gewillt seien, mehr als 50 Pf. zu zahlen, man möge deshalb den Beitrag allgemein soweit herabsetzen.

Wiehle bekräftigt, daß die Schwärzung von der Zwangslage, womit man die Ermäßigung der Beiträge motiviert, richtig ist. München hat ganz gewiß keine schlechten Löhne. (Zustimmung.) Mögen die süddeutschen Kollegen Extralöhne haben, so viel sie wollen, die Verbandsgelder können sie in derselben Höhe, wie dies von anderen auch nicht glänzender gewisser Zweigvereinen geschieht, dem Vorstande einleihen.

Richter empfiehlt den Berliner Antrag. Reule weist darauf hin, daß Stuttgart während des Boykotts in vollem Maße seine Schlichtigkeit zeigen habe.

Gerhardt: München ist nur mit der Bedingung, daß 50 Pfennig pro Kopf abgeführt werden sollen, dem Verbande beigetreten. (Oho!)

Dem gegenüber spricht Müller sein Bedauern aus und nach ihm ebenso Freischütz, daß wegen der 10 Pf. pro Monat noch lange Neben gehalten werden müssen. Bei 80-120 Mk. könne man bezogen 80 Pf. Beitrag leisten; viele Gewerkschaften erheben bei geringeren Löhnen höhere Beiträge. Der letzte Redner betont, daß Schmidt auch kein Recht gehabt habe, den Münchenern die Eintrittsgelder zu erlassen.

Wiehle: Die 80 Pf. gehören ganz dem Verbande, nicht nur 50 Pf., wie man irrtümlicherweise annimmt; der Verband hat Anrecht auf den ganzen Beitrag. Der Hauptvorstand hat sich nicht für kompetent erklärt und auch die Eintrittsgelder nicht erlassen. Er bittet jetzt, darüber zu beschließen, damit diese unerquidliche Streitfrage aus der Welt geschafft wird.

Der Verbandstag gibt diesem Gesuchen Folge. Mit allen gegen 5 Stimmen wird beschlossen, von der nachträglichen Erhebung des Eintrittsgeldes für den Uebertritt der Münchener in den Verband abzusehen.

Schmidt und Gerhardt treten nochmals dafür ein, daß man auf München Rücksicht nimmt.

Gegen die Anklagen dieser beiden Redner polemisiert Kurzenkabe. Er warnt davor, die Beiträge herabzusetzen. Ausnahmebestellung können Stuttgart, München u. d. noch unangenehm beanspruchen; mit demselben Recht können auch andere Orte besondere Behandlung verlangen und das wäre ein unerquidlicher Zustand.

Mit 14 gegen 9 Stimmen wird der nachstehende Antrag Klein angenommen: „Die Beiträge bleiben, wie das Statut bestimmt; den einzelnen Zweigvereinen sind keine Sonderbestellungen einzuräumen.“ — Auf die Bestürzung Steiner's und Richters hin wird der Antrag Berlin 2: Der § 4 erhält unter folgenden Zusatz: „Wenn ein arbeitsloses Mitglied, welches seine Beiträge bezahlt, sich dieselben nicht binnen zwei Monaten künden läßt“, ohne weitere Debatte angenommen. Der Antrag Düsseldorf 1, wonach ein arbeitsloses Mitglied, das länger als zwei Monate ruht, ohne weitere Mahnung ausgeschlossen wird, erfährt Ablehnung.

Antrag Berlin: 3. § 5 letzter Absatz 1. bezw. 2. Zeile statt „Vorstand“, „Verbandsvorstand“ zu setzen, hat das gleiche Schicksal. Wiehle führt aus, daß man unendlich von Hannover aus jeden einzelnen Fall untersuchen könne. An der Debatte beteiligten sich noch Heymann und Kurzenkabe. § 5 bleibt unverändert.

Der Antrag Bremerhaven: „Der § 14 dahin zu ändern, daß die Zweigvereine vierteljährlich abrechnen“, wird durch Klein motiviert. Freischütz unterstützt den Antrag, weil die Abrechnung anderer Vereine die monatliche Abrechnung sehr erschwert. Entschieden dagegen ist Schmidt. Auch Wiehle lehnt denselben ab. Leider handelt manche Zweigvereine schon in der Praxis so, wie der Antrag Katuritz sich festlegen will. Die große Bummelerei darf keinesfalls sanktioniert werden. Der Antrag wird abgelehnt.

Die auf § 3 bezüglichen Anträge aus Dresden, Bochum, Hamburg und Elberfeld werden von den Vertretern der betreffenden Städte begründet. Schmidt ist gegen die Aufnahme arbeitsloser. Von Wiehle wird betont, daß eine spezielle Formulierung des Paragraphen unthunlich ist. Angenommen wird der Antrag Richter in folgender Fassung:

„Mitglied kann jeder in einer Brauerei beschäftigte Arbeiter werden, der das 17. Lebensjahr überschritten hat und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet.“

Zur Verabreichung kommen dann die zu § 7 vorliegenden Anträge: Düsseldorf beantragt:

4. Zu § 7 wird folgender Zusatz beantragt: „Der Vorsitzende des Unterstützung zahlenden Zweigvereins haftet selbst dafür, daß an seinem Orte nicht mehr als 3 Mark ausgezahlt werden, da die Zahlung eines Mehrbetrages als eine Schwärzung des Verbandsvermögens zu betrachten ist.“

5. Den Absatz 2 des § 7 ganz zu streichen, da es viele giebt, die den Verband nur brandzuschlagen und gleich austreten, wenn sie keine Unterstützung mehr erhalten.

Hamburg: 4. Änderung des § 7: Den Absatz 1 und 2 zu streichen. Bei Absatz 3 zu setzen anstatt 50 Pfennig 70 Pf., und für 40 Mk 56 Mk.

Hannover: Die Unterstützung soll pro Jahr 60 Tage oder 30 Mark nicht übersteigen.

Essen: 2. § 7 Absatz 2 ist zu streichen, indem der Verband dadurch nur geschädigt wird, wenn nur ein Mark einbezahlt sind und gleich das Barische herausgeholt wird.

Köln: 2. Zu § 7 wird beantragt: Die Absätze 1 bis 3 zu streichen und Unterstützung nur nach Absatz 4 und 5 zu gewähren.

Nach kurzen geschäftlichen Bemerkungen nahm Wiehle das Wort: „Die große Zahl der zu diesem Punkte gestellten Anträge beweist die wichtige Lage, in der wir uns befinden. Die Tendenz geht durchweg dahin, die Unterstützung zu ermäßigen. Im Verhältnis zu den flüssigen Mitteln ist dieselbe in der That zu hoch. Seit wir diese Leistungen eingeführt haben, können wir erst annähernd den Umfang der Arbeitslosigkeit ermessen. Eins muß gesagt werden: Wenn die Entwicklung so weiter geht, so fehlen die Mittel zum direkten Kampfe und schließlich gänzlich. Die Hauptfrage bleibt doch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. (Sehr wahr.) Der Redner bespricht nunmehr die Ergebnisse der Statistik. Leider ist die Beteiligung daran eine sehr minimale gewesen; nur 1394 Personen haben die Fragebogen beantwortet. 573 Personen waren insgesamt 48400 Tage arbeitslos. (Hört! Hört!) Die Kollegen, welche durch die großen Kämpfe in Berlin und Braunschweig auf die Straße gesetzt sind, kommen hierbei nicht in Betracht. Berlin hat sich sehr wenig, und Braunschweig hat sich gar nicht an der Statistik beteiligt. Die Mitglieder des Verbandes rekrutieren sich zu einem nicht unerheblichen Teile aus der Zahl der flussierenden Arbeiter; im Jahre 1894 haben wir im Verbande durchschnittlich 1600 Arbeitslose gehabt. — An der Hand dieser Nachweise muß man die Herabsetzung der Unterstützung befürworten. Die Karenzzeit soll 1 Jahr und die Dauer der Unterstützung 60 Tage = 30 Mk. betragen. Zweckmäßig wäre es, in den Bädern die freiwilligen Unterstützungen zu vermerken, damit auch nach dieser Richtung hin

eine Kontrolle vorhanden ist. Wir lassen gegenwärtig das Doppelte an Unterstützungen, als was die Gegner gewähren — erziehen wir aber nun unsere Mitglieder zu Kämpfern! Den Bemerkungen wird zu wenig Rechnung getragen; hier sollte die Thätigkeit des Verbandes ebenfalls einsehen.

Reichstagsabgeordneter Legien: Den § 7 zu streichen, kann ich nicht empfehlen. Es liegt auf der Hand, daß die Gewerkschaften aus zwingenden Gründen die Unterstützungen beibehalten. Wollte man das streichen, weil die geringe materielle Hilfe, die den Arbeitslosen geboten wird, sie verhindert, sich um jeden Preis anzubieten und damit die Erzeugnisse der Organisation zu gefährden. Der Redner betont, daß der Fall, daß die Unterstützungsberechtigten sämtlich ihre Ansprüche geltend machen würden, die heutigen Beiträge keinesfalls zur Deckung der Kosten ausreichen. (Zustimmung.) Er schlägt vor, entweder die heutigen Sätze weiter zu gewähren oder nach dem Antrage Hannover zu verfahren; weniger dürfte aber wohl unter keinen Umständen geleistet werden. Später würde der Verband seiner Meinung nach sich doch bequemen müssen, das Unterstützungswesen noch weiter auszubauen.

Müller tritt für Erhöhung der Unterstützung nach dem Antrage Hamburg ein.

Mittagspause.

In der Nachmittags-Sitzung spricht Lönnies für den Kölner Antrag: Vereinfachung der Absätze 1-3 in § 7.

Gegen den Vorschlag polemisiert Schmidt, indem er auf die Erschwerungen der Kölner Kollegen verweist, die statt des Geldgeschehens Nachfolger verabsorgen. Der Redner hält das für unzumutbar.

An der Debatte beteiligten sich noch Heymann, Kellner und Klösel.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag Hamburg 4. einstimmig und dann der Antrag Köln gegen eine Stimme abgelehnt.

Richter stellt den Geschäftsordnungsantrag, angesichts der offensichtlichen Unklarheit über den Wert des § 7, der sich soeben gezeigt habe bei der Abstimmung, nochmals in eine Debatte einzutreten. Das wird nach kurzer Rede und Gegenrede angenommen; die Diskussion geht somit weiter.

Hilpert will den Absatz 2 gestrichen wissen. Früher habe man 20 Mk. gezahlt, dann wurde der Höchstbetrag auf 40 Mk. erhöht; jetzt könne man getrost auf 30 Mk. heruntersetzen.

Nach kurzen Bemerkungen von Legien und Müller kommt Wiehle auf den von Schmidt verteidigten Antrag Düsseldorf zu sprechen. Hätte man immer nach dem Statut verfahren, so brauchten wir jetzt nicht die Beiträge abzulassen. (Sehr richtig.) Der Redner zitiert einige Fälle, wo Gelder zu Unrecht ausgezahlt sind. Ein Fall beweist, daß jemand, der drei Monate Mitglied ist, an mehreren Stellen je 3 Mk. Unterstützung erhalten kann. Das Wunderbare ist, daß ein fauler Kunde in Duisburg, Wülheim und Düsseldorf je 6 Mk. bekommen hat, ohne daß er überhaupt im Besitze eines Wunders sich befand. (Hört! Hört!) Wenn Lönnies die Leistungen des Verbandes bemängelt, so müsse er (Redner) doch sagen, daß die Organisation noch mehr gehalten hat, als was sie verspricht.

Wagemann spricht dafür, daß die Rechte und die Pflichten in Einklang gebracht werden; die reisenden Kollegen dürfen nicht zurückgestellt werden.

Reule hält es mit Rücksicht auf die Fälle in Stuttgart für dringend nötig, daß bezüglich der Unterstützungen nach Absatz 4 eine gewisse Grenze eingehalten wird. Er beantragt, daß der Zweigvereinsvorstand keinen höheren Betrag bewilligen darf, als die Unterstützung im anderen Falle pro Jahr beträgt.

Kurzenkabe empfiehlt nach amerikanischem Muster die Unterstützung zu separieren, die Unterstützungskasse von der Verbandskasse zu trennen.

Die weitere Debatte bringt keine neuen Momente. Die Reihenfolge in der Abstimmung ist die, daß zuerst der Antrag Wees: „Den Paragraphen unverändert zu lassen“, den Delegierten vorgelegt wird.

Der Antrag wird gegen 11 Stimmen abgelehnt, ebenso ergeht es dem Hamburger Antrag. — Dagegen wird der Antrag Hannover genehmigt. Der § 7 erhält einen Nachsatz in Absatz 2, der folgendermaßen lautet: „... und nicht über 1,50 Mk. an einem Orte.“

Die Debatte setzt nun ein bei den Anträgen Stuttgart 5 und 6, betreffend die Abschaffung der Duittungsmarken und die Entschädigung der Fiskalkassierer.

Gegen den letzteren Antrag wendet Klein ein, daß man es doch viel besser den einzelnen Orten überlassen solle, wie sie ihre Beamten entschädigen wollen. Gegen eine Änderung des Zahlungsmodus sind sämtliche Redner. Reule zieht bei beiden Anträgen, weil sie „ausführlos“ geworden sind, zurück. Ein Antrag Klein, der Mantelgeber für den Hauptkassierer vorgeworfen wird, abgelehnt.

Zum Punkt Streitreglement liegen folgende Anträge vor:

Hamburg: 3. Zusatz zum Streitreglement: „Jeder Zweigverein resp. Zahlstelle kann nur dann in einen Streit eintreten, wenn derselbe ein halbes Jahr dem Verbande angehört, oder wenn der Verbandsvorstand denselben genehmigt; tritt der Zweigverein oder die Zahlstelle dennoch in einen Streit ein, so wird nach § 4 verfahren.“

Dortmund: 2. Zu § 5 des Streitreglements wird beantragt: „Bei eintretenden Löcherstreiks oder Aussperrungen sind die Unterstützungen während der ganzen Dauer des Kampfes zu leisten. Bei Angriffstreiks dagegen nur für die Zeit von acht Wochen.“

Essen: 3. Zum Streitreglement, § 6, den zweiten Absatz dahin zu ändern: „Die Unterstützung ist für die Verheirateten 1,75 Mk. und für jedes Kind 25 Pf., Unverheiratete erhalten 1,25 Mk., so weit es die jeweiligen Kassenverhältnisse gestatten, ebenfalls nach einer sechstägigen Karenzzeit, da die Verheirateten Kollegen ihren Wohnsitz nicht so leicht wechseln können, und daher am bedürftigsten sind.“

Köln: 2. Zu § 6 Absatz 1 des Streitreglements folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Jedoch darf der Hauptvorstand die Genehmigung zu einer zweiten Bewegung nicht erteilen, bis erstere erledigt ist, widrigenfalls er nicht ermächtigt ist, eine Extraktsteuer der Zweigvereine und Zahlstellen anzuordnen, und somit die Streikenden auf sich selbst angewiesen sind.“

Düsseldorf: 6. § 6 des Streitreglements dahin zu ändern, daß nach sechstägiger Karenzzeit Unverheiratete 1,25 Mk. pro Tag, Verheiratete 1,75 Mk., für jedes Kind 0,25 Mk. mehr, erhalten, so lange sie nichts verdienen und es die Kassenverhältnisse erlauben.

Lübeck: 2. Im Streitreglement den § 8, zweiten Satz, folgendermaßen zu formulieren: „Die Unterstützung in § 6 des Streitreglements hat so lange zu erfolgen, bis am Orte das Gewerkschaftskartell oder der Zentralvorstand den Streik für beendet erklärt.“

Klein motiviert den Hamburger Antrag mit dem vorjährigen großen Kampfe. In ähnlicher Weise begründen Bogt und Kreuzer die Anträge ihrer Zahlstellen. Manche Streiks werden leichtsinnig begonnen, fährt Wiehle aus. Es genügt nicht, daß der gute Wille zum Kampfe vorhanden ist, man darf auch die materielle Seite nicht aus dem Auge lassen. Der Redner bespricht die Erfahrungen beim Streik in Wülheim und kommt zu dem Ergebnis, daß man nicht eine feste Norm aufstellen und den Hauptvorstand in seiner notwendigen Bewegungsfreiheit beschränken soll.

Steiner spricht sich entschieden gegen den Dortmunder Antrag aus, was den Delegierten Bogt veranlaßt, nochmals seinen Antrag zu empfehlen.

Hilpert beantwortet, daß die Berufsangehörigen streng darauf halten, mit der Arbeiterschaft an ihren Orten in enger Fühlung zu

bleiben. Nur dadurch sei die Möglichkeit des Erfolges eher gegeben.

Schmidt macht die Delegierten darauf aufmerksam, daß die Kollegen in Schlesien ebenfalls in nächster Zeit in einen Lohnkampf eintreten werden. Nach der Meinung des Redners ist die Unterstützung der Arbeiterschaft mit Sicherheit zu erwarten.

Vauer und Richter präzisieren kurz ihren absehenden Standpunkt bezüglich einer Forderung der Unterstützung.

Der Antrag Hamburg wird angenommen. Der Dortmunder Antrag fällt; das Gleiche geschieht mit den übrigen.

Man kommt zum § 18 (Diäten), wozu ein Antrag Düsseldorf vorliegt, statt 10 Mark 7,50 Mark zu gewähren.

Kreuzer und Klein bekämpfen den Antrag als zwecklos. Der Delegierte für Düsseldorf zieht den Antrag darauf zurück.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird die Sitzung nachmittags nach 3 1/2 Uhr geschlossen.

3. Verhandlungstag (11. Mai).

Als die Sitzung zur festgesetzten Zeit, 8 Uhr, eröffnet wird, sind die Delegierten schon vollständig versammelt. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß Reule in München dem Verbandstage die Mittheilung macht, der Brauerverein Landshut, der 42 Mitglieder zählt, beabsichtigt, dem Verbande beizutreten. (Brauo!) Er richtet an den Verbandstag das Ersuchen, von der Erhebung der Eintrittsgelder in diesem Falle abzusehen.

Die Delegierten erklären sich bereit, diese Frage sofort zu entscheiden.

Kellner bittet, keine Ausnahme zu machen, da schließlich mit demselben Recht Jeder verlangen könnte, frei aufgenommen zu werden.

Nachdem Schmidt und Gerhardt dafür eingetreten sind, wird beschlossen, dem Wunsche der Landshuter Kollegen stattzugeben.

Die Besprechung der Diätenangelegenheit wird fortgesetzt.

Von Klein wird der Antrag eingebracht: Vergütung des Lohnausfalles und 6 Mk. pro Tag zu gewähren.

Gegen die Herabsetzung der Diäten treten Wittich und Reule ein; an der weiteren Debatte, die sich um den Antrag Klein dreht, nehmen noch Heil Hilpert und Thaelen. Schließlich wird der Antrag Richter: „der § 18 bleibt unverändert“, mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Die Anträge der Hauptvorstandsmitglieder Hannover werden zur Debatte gestellt.

Der Antrag L. „die Rechtschulungskommission aufzulösen“, wird von Wiehle zurückgezogen. Der Redner bespricht dann den Antrag, einen Ausschuss zu wählen. Um den Mitgliedern gegenüber eine größere Gewähr zu bieten, daß Alles ordnungsgemäß erledigt werde, solle durch den Antrag ausgedrückt werden. Derselbe enthalte L. in Tadelsvotum gegen die auswärtigen Vorstandsmitglieder. Bedinglich aus praktischen Gründen werde vorgeschlagen, den Hauptvorstand an einem Orte zu konstituieren.

Schmidt beschränkt sich darüber, daß Hannover so viel beansprucht. Die Süddeutschen rechnen darauf, im Vorstände vertreten zu sein; es wäre ganz verkehrt, alles nach dem Norden zu verlegen.

Vauer und Klein wenden sich gegen Schmidt.

Kellner will dann dafür stimmen, daß die verschiedenen Gegenden Deutschlands in gleicher Weise berücksichtigt werden.

Nachdem noch Wagemann aus Zweckmäßigkeitsrücksichten für den Antrag Hannover eingetreten ist, gelangt derselbe in der nachstehenden Fassung zur Annahme:

Der § 8 wird dahin abgeändert, daß die Worte: „wovon drei als Referenten, welche außerhalb des Sitzes des Verbandes ihren Wohnsitz haben und bei allen wichtigen Fragen zur Berathung hinzugezogen werden müssen“, gestrichen werden und dafür gesetzt wird: „Es wird ein Ausschuss, bestehend aus 5 Mitgliedern, in einem Orte gewählt, welcher den Hauptvorstand zu kontrollieren und die Beschwerten gegen denselben, sowie gegen das Fachblatt zu erklagen hat. Der Ausschuss wählt sich einen Vorsitzenden, an welchen alle diesbezüglichen Beschwerden zu richten sind.“ 15 Stimmen waren dafür und nur 9 dagegen abgegeben. — Die Statutenberathung ist damit zu Ende.

Von Riedel wird beantragt, den Verbandstag künftig nur alle 2 Jahre abzuhalten. Kreuzer unterstützt den Antrag, während die anderen Redner, Kurzenkabe, Hilpert, Müller, Richter u. s. für jährliche Abhaltung plaidieren. Die Redner betonen, daß die Kosten wieder aufgewogen werden durch die vermehrte Agitation, die dadurch erzielt wird.

Die Abstimmung ergibt, daß jedes Jahr der Verbandstag stattzufinden hat, es also bei der statutarischen Bestimmung verbleibt.

Zu den Anträgen Dortmund, Stuttgart und Hamburg: „behufs Regelung gemeinsamer Interessen ist mit den Berufsorganisationen der Schweiz und Oesterreich-Lingens in Verbindung zu treten, im Sinne der Verbindungen mit dem Brauerverbande Nordamerikas“, bemerkt Kurzenkabe: Nächstes Jahr tagt in London der internationale Arbeiterkongress. Es liege sich dort vielleicht zur selben Zeit auch eine internationale Konferenz der Brauereiarbeiter abhalten; in den meisten kultivierten Staaten können wir gewiß auf Zustimmung rechnen. Der Redner geht im weiteren Verlauf seiner Ausführungen speziell darauf ein, weshalb eine internationale Verständigung zwischen den Berufsangehörigen dringend nötig ist und glaubt eine solche nicht erst bestritten zu müssen.

Wiehle giebt bekannt, daß die Schweizer Kollegen schon ein Geselligkeitsverhältnis angeregt haben; es wird dort vielleicht in kurzer Zeit schon ein Verband gebildet werden. Hoffentlich kommt auch Oesterreich bald dahin. Der Redner bittet, eine Kommission mit den Vorarbeiten in dieser Richtung hin zu beauftragen, die sich mit dem englischen Komitee in Verbindung setzt.

Steiner hält die Sache ebenfalls in dieser Form am besten für geregelt.

Der Verbandstag autorisiert den Vorstand, mit den Berufsangehörigen anderer Länder nach dem Antrage Dortmund u. s. m. in Verbindung zu treten. Betreffs der internationalen Konferenz wird der Kollege Hilpert ermächtigt, die Vorarbeiten gemeinsam mit dem Kollegen Kurzenkabe in die Hand zu nehmen.

Namens der gewählten Kommission erstattet Gerhardt hierauf Bericht über den Ausfall der Kassenrevision. Die Bücher und Belege und die Bestände sind in Ordnung befunden.

Die Kommission macht den Vorschlag, die Darlehen an Wolf und Appel in den Büchern zu streichen, da doch an eine Begleichung der Schuld vor der Hand nicht gedacht werden könne; die Schuldcheine sollen aber aufbewahrt werden.

Diese Angelegenheit ruft eine sehr ausgedehnte Debatte hervor.

Reule geht ausführlich auf die Stuttgarter Verhältnisse ein und polemisiert gegen Wiehle, der einfach glaube, in Sachen der städtischen Angelegenheit seine Schuldigkeit getan zu haben.

Der Antrag, die Forderungen an Wolf und Appel zu streichen, wurde abgelehnt; dem Antrage auf Ertheilung der Decharge wurde einstimmig Folge gegeben.

Der Bericht der Rechtschulungskommission wurde durch Hilpert gegeben. Im Jahre 1893 sind 13 Klagen und im Jahre 1894 sind 8 Klagen anhängig gemacht; im laufenden Jahre ist die Delinquenzklage Wünsch gegen Wiehle zur Entscheidung gekommen. Der Referent geht die einzelnen Fälle durch und bedauert, daß fast nie die Kollegen sich an die Bestimmungen gehalten haben, wonach vor der zweiten Instanz die Kommission in Kenntnis gesetzt werden soll. Die Kommission ist nicht in der Lage, eine ganz genaue Uebersicht über alles zu geben, weil auch bezüglich der Einwendung der Belege so sehr saumelig verfahren wird. Es könnten viele Kosten gespart werden, wenn sich Jeder nach dem Reglement richten wolle.

Die von dem Referenten beschriebenen Anträge der Rechtschutzkommission werden nach unerbittlicher Debatte unverändert angenommen. Dieselben lauten:

Die Rechtschutzkommission zu Berlin hat in ihrer letzten Sitzung beschlossene, folgende Änderungen des Rechtschutzreglements dem Delegirtenrat zur Beschlussfassung vorgelegt: 1. Als zweiter Absatz zu § 1: „Über Fälle, in denen Nichtmitgliedern Rechtschutz erteilt werden soll, entscheidet die Rechtschutzkommission.“

2. § 5. Schlussatz: „jedoch nur Mitgliedern“. (Siehe § 1 Absatz 2.)

3. § 9 soll in der neuen Fassung folgendermaßen lauten: „Die Gebühren des Rechtsanwalts und die Gerichtskosten zahlt der Verband. Bei nachweislich falschen Angaben hat der Klageführende sämtliche Kosten des Prozesses selbst zu tragen bzw. dieselben dem Verbands zurückzuführen. (Bei Mitgliedern unter Androhung des § 5a des Verbandsstatuts.)“

Auf Antrag Wagemann wird den Delegirten eine Mitze erteilt, die während des Referats von Hilpert den Saal verlassen haben. (Weiterkeit)

Der Punkt: „Der Verband und das Verhältnis zur General-Kommission“, wird zur Debatte gestellt. Es wird beantragt, die Beiträge vom 2. Quartal 1895 regelmäßig zu leisten. Auf eine Frage des Vorsitzenden Richter bemerkt der Redner, daß seit dem 2. Quartal 1893 wegen der vielfachen Lohnkämpfe die Beiträge nicht mehr abgeführt seien; der Verband ist mit ca. 1600 Mk. im Rückstande.

Reichstagsabgeordneter v. Elm: Man darf als selbstverständlich annehmen, daß die Organisationen, denen die Beiträge gestundet sind, dieselben nachzahlen müssen, falls nicht ein Beschluß eines Gewerkschaftsverbandes sie davon entbindet. Ob sie dieselben dann weiter zahlen wollen, ist eine andere Frage. Die General-Kommission wird nicht drängen, da sie die Situation wohl begriffen hat. Der Redner erinnert daran, daß die Organisation erst durch die Hilfe der General-Kommission die Agitation in den Kreisen der fernliegenden Bezirke betrieben hat, und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Delegirten das Bestmögliche werden.

Zwischen waren eine ganze Reihe Anträge eingelaufen, die sich auf den vorliegenden Punkt beziehen. Von Kreuzer wird beantragt, Extrasteuern zu erheben bis der Betrag, den der Verband restiert, gedeckt ist. Kellner will die Beiträge um 5 Pf. erhöhen. Ein Antrag heißt: „Die Beiträge der Mitglieder von Sammellisten; von Klein ist ein Antrag eingegangen, der die Zahlung aufschieben will. Alle Redner, die in dieser Frage zu Wort kamen, erkannten an, daß die moralische Verpflichtung vorliegt, die Beiträge nachzahlen.“

Gegen die Extrasteuern wandte Wiehle ein, daß dadurch nicht alle gleichmäßig getroffen würden, da erfahrungsgemäß ein Teil der Mitglieder sich von Extrasteuern brüdt.

Heymann und Müller geben die Erklärung ab, daß ihre Mandatgeber sich den Verpflichtungen gegen die General-Kommission in keinem Falle entziehen werden. Hilpert wünscht, daß der Verband je nach Stärke der Mitglieder einen einmaligen Beitrag von ein bis zwei Mark einzieht.

Das Resultat der Debatte war, daß alle Anträge, bis auf den Antrag Klein, abgelehnt wurden; der letztere fand Annahme. Er lautet:

Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei der General-Kommission um Erstattung der referierten Beiträge für ein Jahr nachzusuchen. Vom 2. Quartal 1895 ab werden die Beiträge regelmäßig abgeführt.

Der Verbandstag erklärte sich ohne Debatte damit einverstanden, daß der Gewerkschaftskongress im nächsten Jahre durch drei oder vier Delegirte besetzt wird. In Vorschlag wurden gebracht Klein, Wiehle, Gerhardt, Schmidt (welcher ablehnt) und Wagemann; die Wahl soll durch Urabstimmung vorgenommen werden, die dann erfolgt, wenn Ort und Zeit der Tagung feststeht.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung lagen folgende Anträge vor: Hamburg. 1. Ausarbeitung eines Lohn- und Arbeitsstärkungs für Brauer und Hilfsarbeiter. A. Brauer. 1. Zehnstündige Arbeitszeit, und zwar muß dieselbe in 12 Stunden beendet sein. 2. Vollständige Sonntagseruhe. 3. Minimallohn von 24 Mk. wöchentlich. 4. Bezahlung für Ueberstunden Wochentags 50 Pf., Sonntags 60 Pf. — B. Arbeiter. Für Arbeiter über 18 Jahre, welche die Arbeiten verrichten, die einem Brauer zustehen, 24 Mk. Ueberstunden 40 Pf. — Flaschenkeller. 1. Für Arbeiter über 20 Jahre 20 Mk. 2. Für Arbeiter von 18 bis 20 Jahren 16 Mk. 3. Für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 12 Mk. Ueberstunden 35-40 Pf.

2. Errichtung eines Zentral-Ausfunfts-Bureaus. Der Delegirtenrat wolle beschließen: Die Zweigvereine werden beauftragt, den Arbeitsnachweis durch die bestehenden Gewerkschaftsstellen mit allen gesetzlichen zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. — Entwurf zum Ausfunfts-Bureau. 1. In allen Zweigvereinen sind Arbeitsnachweise zu errichten. 2. Der Vorsitzende eines Arbeitsnachweises hat jede Woche an das Zentral-Bureau zu melden, wie viel Arbeitsuchende bei ihm gemeldet sind wie viel in Arbeit gekommen sind. 3. Der Vorsitzende des Zentral-Bureaus hat dann die Vermittlung der Arbeitsuchenden zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisen zu regeln, und zwar in der Weise, daß er von dem Arbeitsnachweis, wo zu viel Arbeitsuchende gemeldet sind, letztere dahin weist, wo Mangel an Arbeitsuchenden eingetreten ist. 4. Verheiratete Arbeitsuchende können berücksichtigt werden und an den betreffenden Orten verbleiben.

3. In Erwägung, daß durch die Ueberstunden dem Indifferentismus Vorzahn gelassen wird, indem die Leute durch Ueberstunden abgehalten werden, Lohnforderungen zu stellen, beauftragt der Delegirtenrat die Zweigvereine, dahin zu streben, daß die Ueberstunden so viel wie möglich vermieden werden.

Nach der Begründung durch Klein führt Kellner gegen den Antrag 1. ins Feld, daß dieser Antrag zu den schönen Sachen gehöre, die man bloß wünschen kann, die sich aber in die Praxis gar nicht überlegen lassen.

Hilpert: In einer Reihe von Orten sind die Forderungen, die der Antrag ausstellt, schon überholt. Berlin z. B. kämpft seit längerer Zeit schon für den Achtstundentag. Der Redner erludt den Vorsitzenden, das vom Münchener Brauhaus in Berlin eingeleitete Schreiben zur Berücksichtigung zu bringen, worin ein Urtheil über die in diesem Betrage seit kurzem eingeführte achtstündige Arbeitszeit enthalten ist.

Wiehle beantragt, von einer Bekanntgabe des Schreibens durch den Vorsitzenden abzusehen, da der Verbandstag keinerlei Ursache habe, für den strebsamen Direktor des Stabliaments Namen zu machen. (Zustimmung.) Der Antrag findet Annahme. Die Delegirten nehmen privatim von dem Inhalt des Briefes Kenntnis und soll derselbe durch die Presse bekannt gegeben werden.

(Mittagspause)

Schlussigung.

Zur Diskussion über den Antrag Hamburg 2. nimmt Krieger das Wort. Er schildert die Schwierigkeit des Kampfes in Dresden und befragt die Mitglieder in welcher Richtung an die Behörden heranzutreten. In Dresden haben die Bundesgenossen die Einrichtung des Arbeitsnachweises hinterzogen.

Wiehle: Auch in Hannover haben wir versucht, mit den Brauereien einen Arbeitsnachweis zu errichten. Die Vorbedingung für einen guten Arbeitsnachweis ist eine fröhliche Organisation; man muß die Gewähr haben, daß die Gegner nicht verpöhlen können.

Richter warnt vor übertriebenen Hoffnungen. Der Nachweis schaffe doch niemals vermehrte Arbeitsgelegenheit. Für Berlin ist dieser Antrag so wie so unbrauchbar, hier fehlt uns die Kontrolle.

Steiner tritt für den Antrag ein. Kurze Anrede bittet, hierüber keine bindende Beschlüsse zu fassen. Jeder Ort muß die Materie für sich regeln.

Wiehle kritisiert das System der Veranschlagung und die Protektionswirtschaft, die sich mehr und mehr ausbreitet und empfindet, an allen Orten Arbeitsnachweise anzustreben. Zum Schluß nimmt Klein noch zu der Erklärung das Wort, daß er den Antrag für jetzt zurückziehe, er behalte sich vor, denselben auf dem nächsten Verbandstage wieder einzubringen.

Zum Punkt: Bericht der Delegirten aus den einzelnen Orten, nimmt Niemand das Wort. Der Vorsitzende konstatiert, daß diese Angelegenheit im Laufe der Debatte schon ihre Erledigung gefunden hat; desgleichen der Punkt, betreffend Arbeitslosigkeit, der separat behandelt werden sollte. Zu Punkt 8 der Tagesordnung liegen die Anträge vor:

München: 1. Der Verbandstag wolle den Verbandsrat auf ein Jahr nach München verlegen, da nur dadurch eine einheitliche Lage sowie ein festerer Zusammenhalt der Münchener Kollegen zu erzielen ist.

2. Der Verbandstag wolle zur Abhaltung des nächsten Verbandstages München bestimmen.

Kiel: Den nächsten Verbandstag in Kiel stattfinden zu lassen.

Dortmund. Der nächste Delegirtenrat findet in Dortmund statt.

Hilpert empfiehlt den ersten Antrag zur Berücksichtigung. Die Münchener Kollegen hoffen, der vortigen Bewegung zu nützen und haben deshalb dieses Verlangen an den Verbandstag gerichtet.

Wogt ist dagegen; er warnt davor, einen Präzedenzfall zu schaffen.

Nach kurzer Debatte zieht München den Antrag zurück. Bei der Wahl des Vorsitzenden wird Wiehle in Vorschlag gebracht und einstimmig wiedergewählt.

Wiehle nimmt die Wahl an. Er bittet, sich nun schlüssig zu machen, wie in Zukunft die Arbeit geregelt werden soll, ob man ihm eine Hilfskrasse bewilligen wolle oder ob man ihm den den Kaffirposten, die Redaktion oder Expedition der Zeitung abnehmen wolle.

Der Verbandstag entscheidet sich für ersteres. Auf Antrag Wagemann wird beschlossen, daß der Zuschuß von 600 Mark auf 1200 Mark erhöht wird. Die geeignete Person event. zu bestimmen, wird dem Hauptvorstand und dem Vorstande überlassen.

Als Ort, wo der Ausschuß seinen Sitz zu nehmen hat, wird München und Berlin in Vorschlag gebracht, außerdem noch Hamburg und Stuttgart. Berlin wird mit 10 Stimmen in geheimer Abstimmung gewählt. München erhält 6, Hamburg 6 und Stuttgart 1 Stimme. Der Ausschuß versteht gleichzeitig die Funktion der Pre-Kommission.

Die Rechtschutzkommission wird ohne Widerspruch acceptirt und der Sitz wieder nach Berlin gelegt.

Die Referentenfrage wird durch folgenden Antrag erledigt:

„Ist es notwendig, einen besondern Referenten nach einem Plaque zu schicken, so bleibt die Wahl desselben dem Verbandsvorstande überlassen.“

Die Frage, wo der nächste Verbandstag abgehalten werden soll, entfällt eine ziemlich lebhafte Debatte.

Torunim ist auf dem vorigen Verbandstage bestimmt, daneben waren noch München und Kiel in Vorschlag gebracht. Trotzdem die anderen Delegirten zu Gunsten von München verurtheilten, zog der vortige Delegirte seinen Antrag zurück.

Richter betonte, daß dieses geschehen sei in Folge der Einwirkung von Schmidt, der sich wahrscheinlich verlegt fühlte, daß es nicht nach seinem Wunsche gegangen sei.

Schmidt giebt das zu. Nach persönlichen Bemerkungen von Reule, Wiehle, Kuzenlabe und Hilpert wurde die Angelegenheit damit erledigt, daß der Münchener Antrag wieder aufgenommen und München hierauf einstimmig gewählt wurde.

Wagemann brachte folgende Resolution ein: „Der neunte Delegirtenrat des Zentral-Verbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger hat durch die Ausführungen, die hier, und namentlich in der Versammlung vom 8. Mai d. J. gemacht sind, auf's neue die Ueberzeugung gewonnen, daß die im Vorjahre festgestellten Ausperrungen von Brauereiarbeitern in Braunschweig und Berlin eine durch nichts motivirte Verletzung der Arbeitnehmer bedeuten.“

„Der Delegirtenrat hat ferner erkannt, daß die Ausperrungen lediglich nur zu dem Zwecke innewirkt waren, das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen. Obwohl der Delegirtenrat be dauert, daß nach einem so langen Kampfe keine besseren Friedensbedingungen für die Arbeiter zu Stande kamen, erkennt er mit Freude die Solidarität und die große Opferwilligkeit, die den Ausgesperrten von Seiten der ganzen deutschen Arbeiterschaft zu Theil geworden ist, an, und spricht von dieser Stelle aus Allen denen, die für die Sache der Ausgesperrten eingetreten sind, den herzlichsten Dank aus, und kündigt hieran die Versicherung, daß die organisirten Brauereiarbeiter auch den übrigen, im Kampfe befindlichen Arbeitern ihre Solidarität jederzeit bezeugen werden.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Es wurde beschlossen, am Schlusse der Verhandlungen eine kleine Sammelung für die Ausgesperrten zu veranstalten.

Für die Berliner sprach Steiner den Dank für die Unterstützungen aus, die denselben von den deutschen Kollegen während der Periode der Ausperrung zugesprochen sind; das gleiche geschah von Müller im Namen der Braunschweiger.

Der Vorsitzende Klein berührte in seinem Schlusswort die großen Kämpfe vom Jahre 1894 und erwähnte die Delegirten, ihre Aufgabe vornehmlich darin zu erblicken, den Geist der Einigkeit in ihren Kreisen wachzuhalten und an der Hand der gefassten Beschlüsse die Organisation zu einer starken, unüberwindlichen auszubauen. In das Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung stimmten alle Anwesenden begeistert ein.

Am Sonntagabend Nachmittags gegen 4 Uhr wurde hierauf der 9. Verbandstag geschlossen.

Nachstehende Depeschen und Begrüßungsschreiben gingen bei dem 9. Verbandstage ein:

Die Gewerkschaft der steiermärkischen Brauer entbietet Ihnen zu Ihrem 9. Verbandstage die besten Wünsche und herzlichsten Grüße!

Eggenberg, Graz.

Zum erspriechlichen Wirken des Delegirtenrathes die besten Wünsche!

Roth et Leutiger. Brüssel.

Der Brauereiverein Gaf bekundet den Verhandlungen der Delegirten die warmste Sympathie und bekräftigt mit Freuden die Idee einer internationalen Vereinigung. Möge sie bald zur Wirklichkeit werden. Groß und Handschlag!

Z. A.: Dechant.

Erstreckt die Macht, dann erhalten wir das Recht! Zweigverein Barmen.

Ein dreifach donnerndes Hoch den Delegirten, welche versammelt sind zu beraten unser Heil! Zweigverein Nürnberg-Fürth.

Ein Hoch dem Delegirtenrat! Möge die schwere Arbeit zum Segen Aller gereichen! Zweigverein Hannover.

Arbeitet zum Wohle des Verbandes! Zahlstelle Kassel.

Herzliche Glückwünsche zu gedeihlicher Arbeit! Brauereiarbeiter, Bergschloß-Eberfeld.

St. Louis, Mo., 15. April 1895.

An den Zentral-Verband deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger.

Werthe Genossen! Die Exrelative des National-Verbandes der vereinigten Brauereiarbeiter der Vereinigten Staaten von Nordamerika beauftragt hiermit Genosse Ernst Kuzenlabe, unsere Organisation auf Ihrem, am 9. Mai in Berlin beginnenden Verbandstage zu repräsentieren.

Unserer gemeinsamen Sache besten Erfolg wünschend, zeichnet Mit Brudergruß

J. A.: Chas. S. Debold, Nat. Sec. National Union of the United Brewery Workmen. of the United States.

Wien, am 8. Mai 1895.

Verchiedenes Präsidium des 9. Verbandstages deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger!

Da eine Besprechung mit Wiener Brauereiarbeitern nicht möglich war, so erlaubt sich der Unterzeichnete, in seinem Namen die Delegirten des 9. Verbandstages deutscher Brauer und verwandter Berufsangehöriger auf das herzlichste zu begrüßen und den Wunsch auszusprechen, daß die Verhandlungen mit bestem Resultate ihren Abschluß finden mögen. Mit der Versicherung, daß der Gesehigte sich alle Mühe geben wird, um eine Organisation der Wiener und österreichischen Brauereiarbeiter baldigst zu ermöglichen und mit der Bitte um thätigste Unterstützung dieser Bestrebungen zeichnet mit dem Aufse: „Durch Kampf zum Siege der proletarischen Sache“

Julius Ehrentraut, Wien, 7/2, Kirchberggasse 11.

Bekanntmachungen.

Die Kassierer der Zahlstellen und die Vertrauensmänner werden höflichst ersucht, doch in Zukunft beim Einsenden von Beträgen genau auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür der eingeseandte Betrag sein soll, damit unliebsame Verwechselungen vermieden werden. Wird auf dem Abschnitt nichts vermerkt und ist eine briefliche Bestimmung nicht vorhanden, so wird der ganze Betrag für die Verbandskasse gebucht.

Der Hauptkassierer: N. Wiehle.

Um Irrthümer zu vermeiden, geben wir bekannt, daß die abgeänderten Bestimmungen des Statuts erst am 1. Juli in Kraft treten.

Der Hauptvorstand: J. A.: N. Wiehle.

Um eine geordnete Zeitungsverendung herbeizuführen, ist es unbedingt notwendig, daß die Vertrauensmänner der Brauereien in jeder Versammlung die abgereichten und zugereichten Mitglieder angeben, damit der Vorstand allmonatlich der Expedition die Veränderung der Adressen und Verziehung der Anzahl mittheilen kann.

Ferner ersuchen wir auch die Einzelmitglieder, bei event. Abreise uns davon in Kenntniß zu setzen, damit nicht unnötig die Zeitung weiter gefandt wird. Auch ersuchen wir, der Portoversparniß halber, daß sich die Kollegen, welche nicht weit von einander wohnen, die Zeitung an eine Adresse senden lassen und sich dort dieselbe abholen. Es wird dadurch Arbeit, Zeit und Geld gespart.

Vom 1. Juni ab finden nur noch solche Inserate Aufnahme, deren Mittheilungen gedeckt und für die der weitere Preis im voraus gefandt wird. Für Mitglieder kostet die fünfgespaltene Zeile 10 Pf., für Nichtmitglieder 20 Pf., bei größeren und laufenden Geschäftsinserten nach Uebereinkommen. Es werden alle Kollegen im Interesse der schnelleren Erledigung gebeten, sofort den Betrag für Inserate in Briefmarken beizufügen. Die Inserate werden danach eingerichtet werden. Fehlt der Betrag, dann bleibt das Inserat unberücksichtigt.

Die Expedition der „Brauere-Zeitung“.

Quittung.

Für die noch Ausgesperrten gingen folgende Beiträge ein: von H. S. Northheim 1,50 Mk., von den Hilfsarbeitern der Stadt Lagerbierbrauerei, Hannover 10,50 Mk. und 0,80 Mk. Ueberchuß von Sammlungen für Kränze, von zwei Kollegen in Naumburg a. S. 2 Mk., von den Kollegen der Stadtbrauerei, Chemnitz, Brauhausstraße 3,50 Mk., von den Kollegen in Flensburg 51,50 Mk., von den Verbandsmitgliedern der Zahlstelle Peine 13,10 Mk.

N. Wiehle.

Quittung

über die beim Agitationskomitee für Rheinland und Westfalen eingegangenen Gelder:

Am 27. März von Hugo Taber, Eberfeld 25,— Mk.
" 11. April " Aug. Köhlig, Duisburg 6,20 "
" 1. Mai " Fr. Ruf, " 4,60 "
" 4. " " Hugo Taber, Eberfeld 2,25 "
" 7. " " Reiffenberger, Düsseldorf 10,— "
" 8. " " Hugo Taber, Eberfeld 10,— "

Summa 58,05 Mk.

Dem gegenüber stehen an Ausgaben 78,80 Mk. Gleichzeitig wird das Ersuchen an die Vorstände der Zahlstellen von Rheinland und Westfalen gerichtet, die bestimmten Gelder sobald wie möglich abzusenden.

Das Agitationskomitee für Rheinland und Westfalen.

J. A.: Adolf Merg, Kassierer, Eberfeld, Eichenstraße 11.

Interessante Geständnisse!

III.

Herr Köfcke bringt weiter zum Beweise für den so sehnsüchtig „erwarteten Erfolg“ den Ausfall der Wahlen für das Kuratorium. Der erwartete Erfolg bestand nach Herrn Köfcke darin: „daß bei diesen Wahlen die Kandidaten der nichtsozialdemokratischen Arbeiter mit einer an **Ein-stimmigkeit grenzenden Majorität** gewählt wurden.“

Wie und unter welchen Umständen die Wahl vor sich gegangen ist, daß weiß Herr Köfcke, und doch stellt er eine so grund- und beweislose, eine so lächerliche und der Wahr-heit ins Gesicht schlagende Behauptung auf. Wenn man von einer „Majorität“ bei Wahlen spricht, so muß sich doch logischer Weise auch eine „Minorität“ resp. ein **Segner** an der Wahl betheilig haben. Um das zu begreifen, braucht man wohl kaum Herr Köfcke zu sein. Wir haben uns aber an der Wahl laut Versammlungsbeschluss **nicht** betheiligt, weil der Ring unter den lächerlichsten und wichtigsten Gründen eine Menge **berechtigter Wähler** von unsrer Seite gestrichen und uns so das Wählen überhaupt verleidet hat. Hier von nachstehend einige Proben:

Eine ganze Anzahl Ausgesperrter wurde, als nicht am 16. Mai ausgesperrt und folglich als nicht wahlberechtigt bezeichnet, trotzdem ihr Zeugniß auf den 16. Mai lautete. Ein Ausgesperrter von Habel's Brauerei war, als am 16. Mai seine Aussperrung resp. Entlassung verfügt wurde, verweist; folglich durfte er nicht wählen. Ein Mann von Schultheiß I wurde gestrichen, weil man auf der Liste Fr. für Friedrich anstatt Franz lesen wollte. Ein Mann von Schultheiß II wurde gestrichen, weil man auf der Liste W. für Wilhelm anstatt Waldemar lesen wollte. Streichungen aus ähnlichen Gründen giebt's noch mehrere. Ein Mann von der Spandauer Bergbrauerei wurde gestrichen, weil er jetzt Restau-ranteur und von der Brauerei unterstellt worden ist. Ein Mann von Hoppoldt's Brauerei war in seiner Eigenschaft als **Hilfs-Arbeiter** mit H.-A. bezeichnet; Herr Hoppoldt fand es für gut, dies für **Hof-Arbeiter** zu lesen, und wurde der Mann gestrichen. Ein Mann von der Brauerei Königstadt ist zwar am 16. Mai, aber angeblich **nicht auf Grund des Vereinsbeschlusses**, entlassen worden. Diese höchst lächer-lichen Gründe könnten noch bedeutend erweitert werden, doch wollen wir davon absehen. Dies alles war maß-gebend für den Beschluss zur Nichtbetheiligung an der Wahl, und konnten hieran auch die nachträglich von Herrn Köfcke, nach dieser Beschlussfassung also folglich zu spät, noch nach-gesandten 60 Wahlkarten nichts ändern. Also solcher klein-lichen Mittel bediente man sich nur dieses „erwarteten“ Erfolges wegen. Ob dieser Beschluss auf Nichtbetheiligung taktisch richtig war, möchten wir angesichts der Thatfache, daß wir am Tage vor und während der Wahl von Arbeitenden nach Stimmzetteln für unsere Kandidaten förmlich bestimmt wurden, bezweifeln. Auch die Brauereien erwarteten oder befürchteten einen „Durchfall“, „ihrer“ Kandidaten. Eine Aeußerung eines, Herrn Köfcke sehr bekannten, Brauerei-direktors giebt Zeugniß davon. Den Vertrauensmann des Berliner Vereins von der betreffenden Brauerei spronte er an, **recht tüchtig für ihre Kandidaten zu agitieren, damit sie doch nicht noch die Blamage eines Durchfalls erleben müßten!** Und das trotz aller ihrer Schifanen. Wenn man sich einigermaßen sicher fühlte, dann hätte man auch dem Protest stattgegeben, welcher wegen aller dieser Machinationen erhoben und worin eine Neuwahl gefordert wurde. Also auch in dieser Weise war der durch alle diese kleinlichen Mittel herbeigeführte Erfolg nur ein scheinbarer und kein that-sächlicher.

Wir kommen nun wieder zu dem Friedensschluss und wollen wir weiter zeigen, wie großartig sich die Zuständ-nisse auf dem Papier ausnehmen, und wie wenig Werth sie in Wirklichkeit haben. Herr Köfcke, der ja die Seele des Ganzen war, arbeitete oder handelte nur nach dem Grundsatz: „**Alle Vortheile gelten!**“ Da haben wir in § 6 des Arbeitsnachweis-Statuts die Anerkennung eines Schieds-gerichts. Diese Einrichtung, die sich ja dem Worte nach sehr schön anhört, steht absolut nur auf dem Papier. Dieses Schiedsgericht soll bekanntlich in Funktion treten, wenn Jemand wegen seiner politischen oder gewerkschaftlichen Ge-stimmung oder Thätigkeit zurückgewiesen zu sein glaubt, und unterwerfen sich beide Theile der Entscheidung des Schieds-gerichts. Die weiteren Bestimmungen dieses Schiedsgerichts-paragraphen klingen wie Hohn auf die eben angeführten vermeintlichen Vorzüge dieser Einrichtung. Der zurück-gewiesene Arbeitnehmer, welcher deswegen das Schiedsgericht in Anspruch nimmt, **hat zu begründen, daß er wegen seiner z. Thätigkeit oder Gesinnung zurückgewiesen sei**; wie kann er aber dies wohl möglich machen, wenn die Brauereien nach § 5 das Recht der „**freien Auswahl**“ zusteht, und nach § 6 sie **gar nicht verpflichtet sind, Gründe für die Ablehnung der ihnen zugesandten Bewerber anzugeben.** Die ganzen Bestimmungen bezüglich des Schiedsgerichts sind widerförmig, widersprechen sich und haben gar keinen Werth. Und hier müssen wir wieder einmal Gelegenheit nehmen, die „braven Gesellen“, welche einen solchen Arbeits-nachweis haben zusammenbrauen helfen, in das richtige Licht zu setzen. Dieselben stimmten bekanntlich im Jahre 1890 mit Hurrah und Dankesadresse gegen den von uns geforderten Arbeitsnachweis, welchen wir benötigten, um solche gerade jetzt gegenwärtig auf der Tagesordnung stehenden Schifanierungen von Reuten, die an der Spitze der Bewegung standen, zu verhindern. Und als dann dieser Arbeitsnachweis doch zu-gestanden werden mußte und schon längere Zeit vortrefflich funktionirte, da erklärten sie auch noch in der „Bundeszeitung“,

„daß sie für jetzt und alle Zeiten auf die Wohlthat eines Arbeitsnachweises verzichteten.“ Und diese selben „Gesellen“, unsere „Kollegen“, haben nach Aussage des Herrn Köfcke, auf seine Aufforderung hin, **bereitwillig** im vorigen Jahre der Errichtung eines Arbeitsnachweises zu-gestimmt und **bereitwillig** an den Beratungen desselben theilgenommen und dieses Monstrum fertigstellen helfen. Freilich, ist es ja mit diesem Arbeitsnachweis möglich, ehr-liche Männer ihrer Ueberzeugung wegen in der nieder-trächtigen Weise zu verfolgen und sie auf diese Weise dem „**sozialdemokratischen Einfluß zu entziehen**“. Es ist auch so viel Aufhebens gemacht worden von dem freien Meinungs- und Koalitionsrecht der Arbeiter. Da kommt aber wieder Herr Köfcke in seinem Vortrag und sagt dort: „Sedenfalls hindert sie der Arbeitsnachweis nicht, nach wie vor die Agitation für politische und gewerkschaftliche Zwecke im Be-triebe und in der Werkstatt zu verbieten und wirksam zu verhindern, das Recht der Entlassung der Arbeiter ist in dem Statut in keiner Weise beschränkt, und wenn man auch wird annehmen können, daß die Brauereien, welche bei der Anstellung von Arbeitern keine politischen Rücksichten gelten lassen, dies auch bei der Entlassung nicht thun werden, so sind ihnen doch in dieser Beziehung Schranken nicht auf-erlegt.“

Also das ist das Recht der freien Meinungs- und Koalitionsfreiheit: „man wird annehmen können, daß man politische u. s. w. Rücksichten nicht gelten lassen wird, aber man kann die politische und gewerkschaftliche Agitation wirk-sam verhindern, weil das Recht der Entlassung in keiner Weise beschränkt ist.“ Und man wird, wenn man will, — und man wird vielleicht sehr oft wollen — auch das Ein-ziehen von Beiträgen oder das Sammeln für Ausgesperrte oder Streikende, oder gar nur das Vertheilen von Fach-zeitungen, oder eine gelegentliche Aufforderung zum Beitritt in den Verband, als eine politische oder gewerkschaftliche Agitation ansehen und von dem „in keiner Weise beschränkten Recht“ Gebrauch machen. Doch hoffen wir, daß in dieser Beziehung Andere mit der Zeit, auch ein Wörtchen mit-zureden haben werden.

Wir wollen davon absehen, noch weiter auf die humanitären Machinationen des Herrn Köfcke nebst An-hang einzugehen; doch wenn man das Resultat zusammen-zieht und erwägt, daß man dergleichen — trotz aller anscheinend gegentheiligen und für uns günstigen erscheinenden Ab-machungen — wenn auch nicht in dem Maße, voraussetzen hat, dann ist es wohl zu begreifen, daß diejenigen Personen, welche hier in allererster Linie und dauernd in Mitleiden-schaft gezogen sind, ein entschieden anderes Resultat er-wünschten und erwarteten und den Boykott weitergeführt wissen wollten — entweder — bis zur Kapitulation des Ringes, bis zum vollständigen Siege — oder bis der Boykott verpumpt wäre; und **das Letztere würde nicht eingetreten sein.** Wir wissen, wie er gewirkt hat, wie der Kampf immer erbitterter wurde — und der Ring hat ihn dementsprechend geführt. Das ganze Verhalten des Herrn Köfcke, des spiritus rector des Ringes, zeigt, daß es den Herren doch lange nicht so ums Herz war, als wie sie sich in der Desfentlichkeit zeigten. Die „ungeheuren Verluste, die niemals wieder ausgeglichen werden können“, und das weitere Geständniß des Herrn Köfcke, „daß die dem Ring treu ge-bliebene Gastwirthe dem Ruin entgegengingen, während sich die Lage ihrer sozialdemokratischen Konkurrenten von Monat zu Monat besser gestaltete“, sowie die Thatfache, daß **es Herr Köfcke war, welcher die letztmaligen Vergleichs-verhandlungen herbeiführte**, bürgen für die Wahrheit unsrer Behauptungen. Ueber das Letztere ist ja viel ge-schrieben worden, aber Herr Köfcke kommt uns in diesem Punkte in seinem Vortrag selber zur Hilfe.

Es heißt dort: „Der Verein der Brauereien hielt die Zeit für gekommen, um wieder normale Verhältnisse zu schaffen, einen neuen Arbeitsnachweis zu errichten“; man wandte sich nach Festsetzung der Statuten an Dr. Freund, welcher das Amt eines Obmannes im Kuratorium über-nehmen sollte.“ Der Ring mußte es wissen und hat es auch gewußt, daß schon sein bloßes Vorstelligwerden in dieser Sache bei Herrn Dr. Freund — welcher Leiter des Berliner Zentral-Arbeitsnachweises ist und als sehr human und un-parteiisch geschilddert wird — diesen unbedingt veranlassen werde, wenn er sich zum angebotenen Amte hergab, auch entschieden weitere Schritte zur Beilegung des Kampfes zu thun, weil ja der Arbeitsnachweis eigenmächtig aufgehoben und dieser ja eigentlich nur noch der einzige streitige Punkt und demzufolge die fast alleinige Ursache des Boykotts war. Und es ging auch wirklich alles nach Wunsch. Herr Dr. Freund erklärte sich unter verschiedenen Bedingungen bereit, das Amt anzunehmen. Und der „Ring“ sagte auch zu Allen ja und Amen. Auf eine diesbezügliche Frage des Herrn Freund erklärte der „Ring“, „daß eine dauernde **Ausschließung der Ausgesperrten vom Arbeitsnachweis nicht beabsichtigt sei.**“ Man soll aber nicht etwa glauben, daß dies aus purer Menschenliebe zugegeben wurde, da haben uns schon die noch weiteren, Herrn Freund zu-gestandenen Bedingungen, wie das **Schiedsgericht und das Eintragen im Arbeitsnachweis mit einem Vorzug**, eines Besseren belehrt. Herr Dr. Freund führte weiter in dem Schreiben an, in welchem er die eben angeführten Be-dingungen aufstellte:

„Ich bitte Sie, vorstehend aufgeführte Punkte in Er-wägung ziehen zu wollen. Dieselben stellen sich lediglich als Konsequenzen der von den Brauereien beschlossenen Ein-richtung dar; ich glaube aus der mit Ihnen geführten Unter-

haltung entnehmen zu sollen, daß auch Sie im Prinzip denselben nicht entgegenstehen. Die Berücksichtigung der-selben kann die Vertrauenswürdigkeit der Einrichtung nur festigen und wird geeignet sein, in eminenten Weise ver-söhnend auf die zur Zeit noch bestehenden Gegensätze ein-zuwirken. Auch wird man annehmen können, daß alsdann den Differenzen, welche zur Verhängung des Boykotts geführt haben, jede Grundlage entzogen würde.“

Herr Köfcke nimmt diese brutale, nackte Wahrheit still-schweigend hin.

Auf diesen Brief antwortete der Verein der Brauereien:

„... daß er unter normalen Verhältnissen nicht aufstehen würde, die von Herrn Dr. Freund zum Ausdruck gebrachten Wünsche und Voraussetzungen gleichfalls als Konsequenz des mit der betreffenden Einrichtung verfolgten Zweckes anzusehen. In Anbetracht aber, daß der Verein sich im Augenblick in einer Art von Kriegszustand mit einem Theile der Berliner Arbeiterschaft befindet, könne er der Durchführung des Arbeitsnachweises in der von Herrn Dr. Freund beschrifteten Form **nur für den Fall zustimmen, daß normale Zustände wiederhergestellt würden.**“

Also, Herr Köfcke will „normale Zustände“ herstellen durch Errichtung dieses famosen Arbeitsnachweises; Dr. Freund soll Obmann des Arbeitsnachweis-Kuratoriums werden, gleichzeitig theilt man ihm mit, „daß an eine dauernde Ausschließung der Ausgesperrten vom Arbeitsnachweis nicht gedacht wird, aber auch nur für den Fall, daß der Kriegszustand aufhört und normale Zustände wieder-hergestellt würden. Das ist doch klar und deutlich. Herr Dr. Freund sollte dafür sorgen, daß sie den Boykott vom Halse bekommen, dann würden sie ja gern auf diese Bedingung und noch auf einige andere, die „schon im Interesse des Ansehens des Schiedsgerichts“ und des Arbeitsnachweises gestellt wurden, eingehen. Das beweist uns zum so und so vielen Male, daß der „Ring“ denn doch nicht mehr so fest war und nicht „noch gefestigter“ aus dem Kampf hervorgegangen ist. Herr Köfcke hatte alle Ursache, und es auch sehr eilig, den Boykott loszuwerden unter für den Ring möglichst günstigen Bedingungen; ist er diesmal seiner wohlverdienten Strafe für seine Brutalität entgangen und hat er uns dupirt, so hoffen wir ganz bestimmt, daß er Gleiches ein zweites Mal unversucht lassen wird.

Zum Schluss noch einige allgemeine, sehr ernste Be-trachtungen über diese ganzen Vorgänge.

Warum verfolgt man uns auf jede Art und Weise; etwa der politischen Gesinnung wegen? Entschieden nicht! Wir sind die unruhigen Mächter, wir drängen stetig und unaufhaltsam vorwärts, wir verlangen immer aufs Neue die Verkürzung der Arbeitszeit, damit unsere Brüder und Kol-legen von der Strafe verschwinden und nicht fortgesetzt ab-wechselnd die Hungerkur durchmachen müssen. Doch das verstoßt wider die Interessen des dreimal heiligen Profits — des arbeiterfreundlichen Herrn Köfcke, wie sonst irgend eines Andern — und deshalb führen sie gegen uns den Kampf mit allen schönen und unschönen Mitteln. Wir könnten uns solcher brutalen Gewaltmaßregeln, wie der vom vorigen Jahre, leicht erwehren, wenn — ja wenn wir einig wären. Doch wir haben's ja im vorigen Jahre zu deutlich gesehen, mit welchen Mitteln und auf welche Weise man sich eines Theils unserer Mitarbeiter versicherte, und wie sich diese dazu hergaben, Verrath an unseren Gesamtinteressen, Verrath an der Kollegenschaft, Verrath an der Menschlichkeit zu begehen, nur um des momentanen, von schmutzigem Egoismus zeugenden Vortheils willen. Doch wenn man dort beiderseits glaubt, durch Verrath, Hunger und den Knüttel Ueberzeugungen, Ideale, menschliche Forderungen aus der Welt zu schaffen, so wird man sich täuschen. Die Gerechtigkeit und die Wahrheit haben sich noch stets zu allen Zeiten Bahn gebrochen und auch hier geht's immer wieder vorwärts bis zum Ziel trost alle dem! Und unsere Lösung ist nach wie vor:

Wer auf seine Organisation vertraut
Und, wenn es gilt, feste um sich haut,
Der hat auf keinen Sand gebaut!

F. K. . . g.

Korrespondenzen.

Zur Beachtung! Die verchrifteten Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalen Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

Gera. Am 13. Mai erstattete Kollege Schmidt aus Nürnberg in einer öffentlichen Versammlung Bericht über den Verbandstag. Seine ausführlichen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Hierauf wurden zwei Vertreter in das Gewerkschafts-Komitee gewählt und die Maßregelung zweier Kollegen in der Brauerei „Brauverein“ besprochen und mitgetheilt, daß durch Vermittlung des Ge-werkschafts-Komitees beide wieder eingestellt werden sollten; da aber ein Kollege abgereist, so hat nur der andere sofort wieder angefangen. Nach einem Schlusswort des Referenten, welcher die Kollegen ermahnte, an dem Verbands festzu-halten und ihren Pflichten als organisierte Arbeiter nach-zukommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Siegen. Am 8. Juni soll unsere Generalversamm-lung stattfinden mit der Tagesordnung: Neuwahl des Vor-standes, Rechnungsabschluss der letzten drei Monate und Jahresbericht. Wir ersuchen die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen, und wäre es wünschenswert, wenn auch die-jenigen, welche der Organisation noch fern stehen, sich ein-

finden würden, damit wir immer mehr in der Lage sind, wirklich kollegial nicht nur unsere Freunde mit ihnen zu theilen, sondern auch im ersten Ringen um ein besseres Dasein uns immer enger und fester zusammenschließen in unserem und im allgemeinen Interesse.

Galle a. S. Am 19. Mai fand eine öffentliche **Versammlung** der Brauer und Böttcher statt. Kollege **Wiesle** aus Hannover sprach über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter“. Die gut besuchte Versammlung lauschte dem interessanten 1 1/2-stündigen Vortrag mit Aufmerksamkeit. Nach einer längeren Diskussion wurden zwei Böttcher und zwei Brauer in das Gewerkschaftsstatut gewählt und nach einem Schlusswort des Referenten die Versammlung geschlossen.

Stettin. Am 12. d. Mts. fand eine öffentliche **Brauer- und Brauereiarbeiter-Versammlung** statt, in der Kollege **Krenzer** aus Kiel Bericht vom Verbandstage erstattete. Mit seiner Tätigkeit auf dem Verbandstage erklärten sich die Kollegen einverstanden. Kollege **Krenzer** erwähnte noch die Anwesenden, trenn zum Verbaude zu halten und stets einig zu sein. Er endete mit einem Hoch auf die moderne Arbeiter-Bewegung seine mit Beifall aufgenommenen Rede. Gegen 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Eine **Mitglieder-Versammlung** fand am 17. d. Mts. bei Koller statt. In derselben ließen sich zunächst 18 Kollegen als Mitglieder aufnehmen. Darauf ergriff **Genosse Scheffler** das Wort, um in klaren Worten das Verhalten des Großkapitals gegenüber den Arbeitern zu schildern. Den Ausführungen des Referenten wurde reichlicher Beifall gezollt. Ferner wurde beschlossen, die Forderungen an die **Eljium-Brauerei** abzuschicken. Nach dem einige Redner noch den neuen Mitgliedern ein korrektes Verhalten in der Lohnfrage ans Herz gelegt hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Eingekandt.

Hamm i. B., 16. Mai.

Wie man heutzutage mit einem Arbeiter umgeht, erhellt aus den letzten Vorgängen in der hiesigen Brauerei **Nienbeck u. Komp.** Ein Kollege **C. N.**, der 1 1/2 Jahre im genannten Geschäft in Arbeit war, erkrankte vor circa vier Wochen an der Lungenentzündung. Er mußte in Folge dessen ins Krankenhaus. Aus demselben geheilt entlassen, stellte er sich dem Braumeister und den Prinzipalen wieder zur Arbeit vor. Aber er erfuhr, daß seine Stelle bereits besetzt sei, auch seien genug Leute da. Er war in Folge dessen entlassen, aber zu gleicher Zeit wurde ein Anderer wieder eingestellt. Wir erblickten in diesem Vorkommniß eine Maßregelung, da in betreffender Brauerei kürzlich eine Lohnforderung eingereicht war, welche alle Interessenten, auch **N.**, mit unterzeichnet hatten. Sollten sich ähnliche Fälle wiederholen, so werden wir auf der Hut sein! Beiläufig sei noch erwähnt, daß vor **Östern** von früh Morgens 1/4 bis Abends 9 Uhr gearbeitet wurde, bei einem Lohn von 80 Mark pro Monat.

Vermischte Nachrichten.

Der **sechste internationale Bergarbeiter-Kongress** wird vom 3. Juni bis zum 7. Juni d. J. in **Paris** stattfinden. Zur Vorbereitung der Tagesordnung und Geschäftsordnung hat am 15. April in **Brüssel** eine **Nachbesprechung** stattgefunden, an der je 2 bis 3 Vertreter der verschiedenen Nationen (England, Belgien und Deutschland-Österreich) theilnahmen. Die französischen Bergleute

waren nicht vertreten, da eine gegen ihre Delegirten **Lamendin** und **Basly** verhängte Ausweisungsbefehle noch in Kraft war. Man beschloß, den alten Abstimmungsmodus aufzugeben, welcher den gutorganisirten Engländern allzuleicht die ständige Mehrheit sicherte und ferner, die einstimmig angenommenen Beschlüsse der Kongresse immer den Regierungen der einzelnen Länder zu übermitteln. Auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses soll wieder gesetzt werden: der Achtstundentag, die Einschränkung der Kohlenüberproduktion, die Entschädigung bei Grubenunfällen.

Des Brauers Loos.

Prolog.

Wenn Ihr bei schwererischen Festgelagen
Die vollen Gläser froh im Kreise schwingt,
Wenn von den Tönen des Gesangs getragen
Ein Lob dem Könige Gambirius klingt,
Denkt Ihr dann derer auch, die Euch bereiten
Den edlen Trank mit ihrem Schweiß und Blut?
Wißt Ihr vielleicht, was diese Menschen leiden,
Geknechtet von brutaler Goldeswuth?
Ihr wißt es nicht?! Wohl an, Ihr sollt es wissen,
Die nackte Wahrheit sei Euch kund gethan;
Dann helfst auch Ihr des Kampfes Flagge hissen,
Des Kampfs um Recht auch für den Arbeitsmann.

Kaum färbt der Morgenröthe Gluth
Mit Purpurgold den Himmelsbogen —
Kaum, daß wir kurze Zeit geruht
Lönt schon der Beckruf langgezogen.
Halb schlafend noch ziehn wir uns an,
Noch liegt's wie Blei in allen Gliedern
Und an die harte Arbeit dann
Geht's mit vom Schlaf noch müden Ibern.

Unausgeseht mit voller Kraft
Muß stundenlang der Arm sich rühren
Und, ob ermattet und erschlaft
Er niedersinkt — Du darfst nichts spüren!
Wir schaffen bei der Darre Gluth,
Den Rücken naß, den Athem trocken,
Da triest der Schweiß, es kocht das Blut
Und stärker wird des Herzens Pochen.

Tief unten in des Kellers Schacht
In feuchten Gängen, gleich Kanälen,
Da müssen wir bis in die Nacht
Vom frühen Morgen an uns quälen,
Dort, wo das Bier im Kessel dampft
Und dicke Schwaden ihm entsteigen,
Der Riemen ächzt, die Pumpe stampft,
Dort gilt's, den „Göttertrank“ zu zeugen.

Und Tag für Tag in gleicher Hast
Treibt uns der Trost der Mammontschergen,
Kaum gönnt man uns die nöth'ge Rast,
Um unser müden Leib zu stärken.
Mit rauhem Wort und barschem Ton
Besiehlst man uns, was wir zu schaffen
Und oft trennt nur ein Hungerlohn
Uns vom Geschick gekaufter Sklaven.

Selbst wenn die Luft im Festgeläut
Der Glocken Töne leis durchzittern,
Dann hilft des Sonntags Frohnarbeit
Das Leben völlig zu verbittern.

Ein Wort reicht oft schon dazu hin
Der Arbeitslosen Schaar zu mehren,
Wie kommt es uns auch in den Sinn,
Uns über etwas zu beschweren?

Und kommt des Lebens schönstes Jahr
Zur Manneswürde uns zu führen,
Sind wir der besten Kräfte bar
Und können unser Bündel schnüren.
Dann haben wir zum Auf' der Herr'n
Zu flehen Krippeln uns geschunden,
Und die Gesellschaft wirft uns gern
Zu arbeitslosen Bagabunden.

Das ist das Loos, das unser hartt,
Wenn wir nicht besser es gestalten;
Gelingt es nicht der Gegenwart —
Der Zukunft bleibt es vorbehalten.
Mag auch der flehen Kriecher Schwarm
Mit Speichellecken sich besessen,
Einst wird der rothen Streiter Arm
Die Sklavenketten doch zerreißen!

F. D., Augsburg.

Briefkasten.

B. Willisch. Deine Mittheilung freut mich sehr; den eingegangenen Betrag auf der Liste kannst Du mit den Beiträgen einschicken. Besten Gruß!

Versammlungs-Kalender.

Aischaffenburg.

Die regelmäßigen **Monats-Versammlungen** finden jeden ersten Sonntag im Monat statt.

Dresden.

Sonnabends nach dem ersten eines jeden Monats: **Monats-Versammlung** des Fachvereins, Abends 8 1/2 Uhr, im Bürgerbräu, Altmarkt.

Düsseldorf.

Unsere **Monatsversammlungen** finden jeden ersten Freitag im Monat bei **H. Schwarz**, Ecke Schützen- und Gerresheimerstr., statt.

Elberfeld.

Das Verkehrslokal für **Elberfeld** befindet sich jetzt bei **Ernst Hofmann**, Gasthaus „Zur Stadt Köln“, Island; für **Barmen** bei **Vitus Döhler**, Bredderstraße 59.

Frankfurt a. M.

Dienstag, den 28. Mai, Abends 9 Uhr: **Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung** beim Kollegen **Staudemeyer**, Sachsenhausen, Hainereck.

Gießen.

Sonnabend, den 8. Juni, findet unsere **General-Versammlung** statt. — Da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist, so werden alle Kollegen ersucht, zu erscheinen.

Hagen.

Die regelmäßigen **Versammlungen** der hiesigen Zahlstelle finden jeden ersten Freitag im Monat statt.

Halle a. S.

Die regelmäßigen **Mitglieder-Versammlungen** der Zahlstelle finden an dem Sonntag vor dem ersten eines jeden Monats (am letzten Sonntag im Monat) im Vereinslokal, „**Röhler Brunnen**“, Nachmittags 5 Uhr, statt.

Heidelberg.

Die **Reiseunterstützung** wird nur in unserm Vereinslokal, **Restaurant zur Hornmühle**, Hauptstraße 142, ausbezahlt. Dies den reisenden Mitgliedern zur Nachricht.

Lübeck.

Die regelmäßigen **Monats-Versammlungen** finden jeden ersten Donnerstag im Monat beim Kollegen **Neumann**, Berliner Hof, statt.

Inserate.

Mannheim.

Halte allen Freunden und Kollegen mein **Gast- und Logirhaus**

bestens empfohlen. Gute und billige **Speisen und Getränke**, sowie gutes und billiges **Logis**.

Jacob Theilacker,
H 2, Nr. 3.

Hochfeine Cigarren,

hell u. dunkel,
versendet von **4 Mark** an
Georg Leithner,
Cigarren-Versandgeschäft,
Königsberg, Kornmarkt 1.

Setzt den Kollegen bekannt, daß sich mein

Schnitt-, Weiß- und Wol-
waarengeschäft

jetzt **Maxplatz 33** befindet.

Zu erlaube mir, dieser Bekanntgabe die Bitte beizufügen, mich bei Bedarf gütigst berücksichtigen zu wollen.

Joh. Schmidt, Nürnberg.

Druckarbeiten jeder Art

fertigen schnell, sauber und preiswerth
Maerker & Augustin, Hannover.

Frankfurt a. M.

Unserm Kollegen
Hugo Kranz
zu seiner Vermählung mit **Fräulein**
Elise Loderhose
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mäzler der Brauerei **Henninger.**

Joh. Dohm,

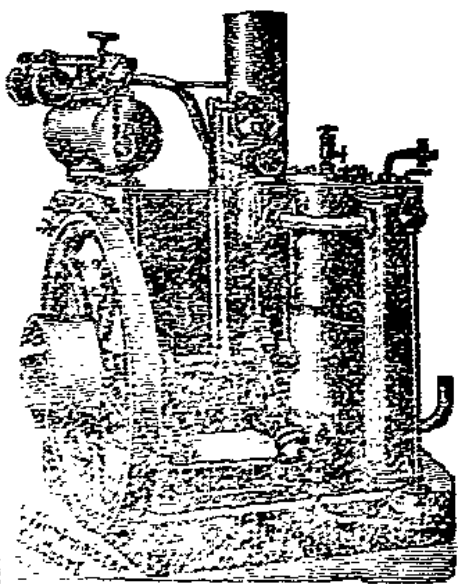
Kiel, Winterbeckerstr. 12,
empfiehlt:

gute, dauerhafte **Wäsche u. Woll-**
sachen, Mägen, Holzschuhe, Koffer,
Biertrüge u. s. w.

Dampf-Spasmotor

(System Friedrich)

von 1-30 Pferdekraft, ca. 1500 Stück in allen
Gewerken mit bestem Erfolge im Betriebe.
Für alle Brennmaterialien geeignet. Wenig
Bedienung. Höchst sicherer und gleichmäßiger,
geräusch- und geruchloser Betrieb. Abdampf,
direkter Dampf und heißes, reines Wasser für
alle Zwecke verwendbar. Prospekte kostenlos.
Eisenwerke Gaggenau N.-S.,
Gaggenau (Baden).



Als dritter, selbständiger Teil der „Allgemeinen Naturkunde“ erschien soeben:

Völkerkunde von Professor **Dr. Friedr. Ratzel.**

Zweite, neubearbeitete Auflage.

Mit 1103 Einzelbildern, 6 Karten u. 56 Tafeln in Holzschnitt u. Farbendruck.
28 Lieferungen zu je 1 Mark oder 2 Halbleberbände zu je 16 Mark.

Vollständig liegen von der „Allgemeinen Naturkunde“ vor: **Brehm, Tierleben**, 10 Halbleberbände zu je 15 Mk. — **Gaule, Schöpfung der Tierwelt**, 10 Halbleber, 15 Mk. — **Ranke, Der Mensch**, 2 Halbleberbände zu je 15 Mk. — **Rennet, Pflanzenleben**, 2 Halbleberbände zu je 16 Mk. — **Reumann, Erdgeschichte**, 2 Halbleberbände zu je 16 Mk.

Erste Lieferungen durch jede Buchhandlung zur Ansicht. — Prospekte kostenfrei.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Berlin.

Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes
Restaurant mit Centralherberge

Neue Friedrichstraße 20
(Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz.)
Fritz Preuss.

Hochachtungsvoll

C. R. Wittber,

CHEMNITZ, Müllerstrasse Nr. 28,
Fabrikant der altbekanntem

Chemnitzer Holzschuhe
desgl. Schlappschuhe,
Plüschschuhe, Mälzerpantoffeln.

Brauer- u. Mälzer-Mützen

sowie
Müte in sämtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Aus-
führung und billigsten Preisen.



Jockey-Mütze in allen
Farben, von Mk. 1-1.75.



Klapp-Mütze, Stoff-
mützen von Mk. 1-2, Seide
und Atlas in schwarz und
bunt Mk. 2-2.50, Kappseide
Mk. 2.50-3.00.



Straudmütze in Stoff
und Seide, in jeder beliebigen
Farbe, von Mk. 1.25-3.00.



Stiefe Brauermütze i. Tuch,
blau u. grün, v. Mk. 1.75-2.00.

Stoffproben
stehen franco zu
Diensten.

Bei Bestellung nach
außerhalb erbitte
Kopfsweite in Zenti-
metern anzugeben.
Versand erfolgt per
Nachnahme; bei 12
Stück franco.

Dresden, Carl Fiedler, Dresden,
Schäferstraße 53, Schäferstraße 53.